

**Team
Volkspartei**

Für Europa.



EU-WAHLPROGRAMM:

EURO~~X~~OPA

2019

MACHEN WIR'S BESSER. MACHEN WIR EUROPA.



EU-WAHLPROGRAMM:

**„Die Kraft des Miteinanders“ –
Gemeinsam Europa besser machen.**



 **Machen
wir's besser.
Machen
wir Europa.**



INHALTSVERZEICHNIS

Präambel: Gemeinsam für ein besseres Europa	4
EU-Ratsvorsitz in Zeiten neuer Herausforderungen	8
Für ein bürgernahes Europa, dem die Menschen vertrauen	11
Ein bürgernahes Europa	12
Mehr Freiheit durch Bürokratieabbau und einfachere Gesetze	13
Kampf gegen Gold Plating – ein Beitrag, den wir selbst leisten können	14
Für ein sicheres und handlungsfähiges Europa, das uns schützt	15
Sichere Grenzen und Kampf gegen illegale Migration	16
Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus	19
Kampf gegen Radikalisierung, Extremismus und Antisemitismus	21
Für einen starken Standort, der unseren Wohlstand sichert	24
Christlich-sozial ohne sozialistische Umverteilung	26
Digitaler Binnenmarkt für ein innovatives Europa	28
Exporte sichern unseren Wohlstand	29
Mobilität im Sinne von Wirtschaft und Umwelt	30
Finanzen, Steuern und Budget	32
Für eine starke und schuldenfreie Euro-Zone	33
Für mehr Gerechtigkeit: Unser Steuersystem ins digitale Zeitalter bringen	35
EU-Budget: für ein sparsames und zukunftsorientiertes Europa	36
Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Umwelt	38
Klima- und Umweltschutz	41
Ein fortschrittliches Europa der Zukunft	44
Ein Europa für alle Generationen	46
Ein handlungsfähiges Europa in der Außen- und Verteidigungspolitik	48
Stabilität in der Nachbarschaft	51
Rechtsstaat, Demokratie und schlanke Strukturen	55





**Präambel:
Gemeinsam
für ein
besseres
Europa.**

Die Europäische Union ist eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Ihre Ziele Frieden, Freiheit und Wohlstand haben bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Vor 25 Jahren wurden die EU-Beitrittsverhandlungen Österreichs unter Außenminister Alois Mock erfolgreich abgeschlossen und damit konnte auch unser Land Teil dieser Erfolgsgeschichte werden. Heute, in Zeiten großer Umbrüche und neuer Herausforderungen, gilt es, Europa weiterzubauen und die nötigen Veränderungen durchzusetzen – damit die EU auch in Zukunft jene Ergebnisse liefern kann, die sich die Bürgerinnen und Bürger von ihr erwarten.

Mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 wurde der Grundstein für die europäische Zusammenarbeit gelegt. In den folgenden Jahrzehnten wurden die europäischen Gemeinschaften Schritt für Schritt vertieft und erweitert. Heute ist Europa viel mehr als ein Staatenbund: Die EU ist das wohl längste und erfolgreichste Friedensprojekt Europas und damit eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Die EU ist ein gemeinsamer Markt und damit einer der größten und leistungsfähigsten Wirtschaftsräume der Gegenwart.

Für uns ist deshalb klar: Ein geeintes Europa ist die beste Zukunftsversicherung für Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand. In Europa und damit auch in Österreich. Denn wie kaum ein anderes Land profitiert Österreich von der Stabilität, der Wirtschaftskraft und den Arbeitsplätzen, die uns Europa bringt. Europa ist unsere Zukunft und wenn wir im Zeitalter der Globalisierung mitreden und Lösungen durchsetzen wollen, die unseren Interessen und Werten entsprechen, ist eine Zusammenarbeit in den großen Fragen unserer Zeit nicht nur logisch, sondern unabdingbar.

Das Fundament für diese Zusammenarbeit bilden unsere von der jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung geprägten gemeinsamen europäischen Werte: Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Der europäische Konsens zur Ächtung der Todesstrafe etwa ist ein Merkmal, das uns von vielen anderen Kontinenten unterscheidet. Doch auch die reiche Vielfalt der europäischen Kulturen, historischen Erfahrungen und Traditionen tragen zu diesem Fundament bei. Das bildet unseren European Way of Life – ein einzigartiges europäisches Lebensmodell, das sich von anderen Modellen grundlegend unterscheidet. Europa ist unsere Heimat, unser Kulturkreis, unsere Interessengemeinschaft und unsere Zukunftsversicherung in einer globalisierten Welt.

Um dieses europäische Lebensmodell für die Zukunft zu wahren, müssen wir Europa gerade in Zeiten großer Herausforderungen aber auch grundlegend verändern und besser machen.

So ist der Vertrag von Lissabon bereits zehn Jahre alt und stammt aus einer Zeit, in der es noch keine Schuldenkrise, keine Eurokrise, keine Migrationskrise und keine

Klimakrise gegeben hat, geschweige denn ein Brexit-Chaos. Die Europäische Union hat in diesen Krisen immer ihr Bestes getan, um uns zu schützen, und wird das auch in Zukunft tun. Aber es ist Zeit, aus den Lektionen der Vergangenheit zu lernen und das Haus Europa auf ein neues, besseres Fundament zu stellen. Deshalb brauchen wir einen neuen Vertrag für Europa.

Mit diesem neuen Vertrag sollen sich die Mitgliedstaaten auf Spielregeln einigen, die notwendig sind, damit die Europäische Union auch im 21. Jahrhundert erfolgreich bestehen kann. Diese Spielregeln bauen auf drei Grundlagen auf:

1. Ordnung in Europa

Jede Gemeinschaft braucht klare Spielregeln und klare Sanktionen. Wer die bestehenden Regeln nicht einhält, muss mit Strafen rechnen:

- All jene Staaten, die mit einer verantwortungslosen Schuldenpolitik den Euro gefährden, müssen künftig mit deutlich spürbaren Sanktionen rechnen. Es darf nicht sein, dass sich die einen an die Regeln halten, anständig haushalten und Reformen durchsetzen, während andere fahrlässig Schulden machen und sich auf die Hilfe der anderen Staaten verlassen.
- Europa ist auch eine Verantwortungsgemeinschaft. Wer illegale Migranten einfach durchwinkt, das Dublin-Abkommen aushebelt oder nicht gegen Schlepperei vorgeht, muss mit Strafzahlungen rechnen. Denn die Sicherheit Europas geht uns alle an.
- Staaten, die den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen, gefährden die Grundfesten unserer Wertegemeinschaft. Sie müssen ebenso mit klaren Sanktionen rechnen. Denn wer Teil der Europäischen Union sein will, muss unsere Grundwerte teilen.

2. Hausverstand für Europa

In Europa muss wieder der Hausverstand regieren.

- Wir brauchen ein Europa, in dem Entscheidungen dort getroffen werden, wo es am besten für die Menschen ist. Europa kümmert sich um jene Fragen, in denen wir gemeinsam mehr erreichen können als jedes Land für sich. Die Staaten und Regionen sind verantwortlich, wo ein geeintes Auftreten Europas auf der politischen Weltbühne nicht nötig ist.
- Das wird helfen, in der Verwaltung zu sparen und wieder schlanker und schneller zu werden. Europa muss dabei mit gutem Beispiel und einer schlanken Struktur vorangehen. Deshalb treten wir für die Zusammenlegung der Tagungsorte des Europäischen Parlaments und eine Neustrukturierung der EU-Kommission, die eine Verkleinerung und ein faires Rotationsprinzip beinhaltet, ein.

- Und wir sollten uns auch verpflichten, eine „one-in-one-out“-Regel für Gesetze und EU-Behörden einzuführen. Für jede neue Behörde, die wir vielleicht eines Tages brauchen, sollten wir eine existierende abschaffen. Denn Fortschritt kommt nicht durch Regulierung – Fortschritt kommt durch Freiheit.

3. Gute Lebensperspektive für jeden Einzelnen

Letztlich muss es unser Anspruch an Europa sein, dass alle Menschen, die auf diesem Kontinent leben, eine gute Lebensperspektive haben – heute wie morgen.

- Die Europäerinnen und Europäer müssen sich sicher sein können, dass wir den Wohlstand erhalten und international wettbewerbsfähig bleiben.
- Und sie müssen darauf zählen können, dass wir unseren Planeten und unser Klima schützen. Oft will man uns weismachen, dass wir uns zwischen Wirtschaft und Umwelt entscheiden müssten. Aber das stimmt nicht. Europa muss der Welt zeigen, dass Nachhaltigkeit und Wohlstand Hand in Hand gehen können.
- Dafür braucht es Innovation. Europa soll wieder Vorreiter bei der nachhaltigen Entwicklung werden. Wo sollte erneuerbare Energie flächendeckend zum Einsatz kommen und wo sollten emissionsarme Formen der Mobilität zuerst Fuß fassen, wenn nicht in Europa? Das ist eine große wirtschaftliche Chance und unsere globale Verantwortung.

Wie keine andere Partei war die Österreichische Volkspartei von Beginn an treibende Kraft bei der Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum, beim EU-Beitritt 1995, bei der Euro-Einführung und bei der EU-Erweiterung. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit. Denn die Liebe zu unserer Heimat Österreich und die Begeisterung für ein geeintes Europa sind keine Gegensätze – im Gegenteil: Sie sind zwei Seiten derselben Medaille. Jetzt wollen wir Vorreiter beim nächsten Schritt der europäischen Einigung sein.

Deshalb treten wir auch mit voller Überzeugung gegen die Extreme von links und rechts auf, die Europa zerstören wollen. Wir setzen uns für ein besseres Europa ein, anstatt es schlechtzureden. Wir gehen der Zukunft entgegen, statt vor ihr davonzulaufen. Und deshalb tragen wir gemeinsam die positive Veränderung, die wir in Österreich eingeleitet haben, nun auch nach Europa. Weil ein besseres Europa auch besser für Österreich ist.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Neuer Vertrag für Europa nach den Prinzipien Ordnung in Europa, Hausverstand für Europa und eine gute Lebensperspektive für jeden Einzelnen**

 **EU-Rats-**
vorsitz in
Zeiten neuer
Herausfor-
derungen.

Europa steht heute vor noch nie dagewesenen globalen Herausforderungen. Die Beziehungen der USA mit dem Rest der Welt sind unvorhersehbarer geworden. China wächst zur größten Wirtschaftsmacht heran, lebt aber gleichzeitig ein ganz anderes Gesellschaftsmodell als etwa wir in Europa. Und die Spannungen zwischen Russland und dem Westen sind weiterhin nicht abgeklungen. Dazu kommen neue Migrationsursachen und Krisen, die zur Flucht führen, Besorgnis erregende Entwicklungen in der europäischen Nachbarschaft und erstmals der nach wie vor drohende Austritt eines Mitgliedstaats aus der Union. In diesen bewegten Zeiten hat Österreich am 1. Juli 2018 zum dritten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und konnte wichtige Fortschritte in großen Schwerpunktbereichen erzielen.

Für die Zukunft der EU muss uns der Brexit als Warnung dienen, nicht so weiterzumachen wie bisher, sondern uns ehrlich der Diskussion über unser gemeinsames Europa zu stellen, seine Vorteile für die Menschen aktiv zu erklären, zu den gemeinsam gefällten Beschlüssen zu stehen und diese umzusetzen. Wir brauchen Europa weder neu erfinden noch müssen wir es neu bauen. Aber es gibt notwendige Reformen – und die müssen wir endlich angehen. Das ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss, Gebot der Stunde.

So ziehen sich die USA unter Präsident Donald Trump zunehmend von der internationalen Bühne zurück und drohen zugleich mit Zöllen und neuen Barrieren, den freien und fairen Handel ernsthaft in Frage zu stellen. Gleichzeitig tritt ein wirtschaftlich erstarktes China von Afrika bis zum Westbalkan auch geopolitisch immer selbstbewusster auf und tritt in direkten Wettbewerb mit Europa.

Eine weitere Herausforderung sind die Krisenherde in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Der kriegerische Konflikt in der Ukraine, der bereits tausenden Menschen das Leben gekostet hat, ist nach wie vor nicht gelöst. Die Krim ist noch immer völkerrechtswidrig annektiert. Nicht zuletzt aufgrund dieser Krise haben die Spannungen zwischen Russland und dem Westen in den vergangenen Jahren eine Dimension erreicht, wie wir sie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gekannt hatten.

Besonders besorgniserregend ist, dass Konfliktlinien auch innerhalb der Grenzen Europas immer deutlicher hervortreten. So gibt es mit Polen und Ungarn derzeit zwei EU-Mitglieder, gegen die ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren läuft; in Rumänien geht die sozialistische Regierung mit Gewalt gegen Demonstranten und mit Besorgnis erregender Konsequenz gegen den Rechtsstaat vor. In Malta und in der Slowakei sind regierungskritische Journalisten ermordet worden. Und in Ländern wie Italien und Frankreich macht sich wieder eine verantwortungslose Politik des Schuldenmachens breit.

Die größte Quelle EU-interner Spannungen ist seit den Migrationsströmen 2015/2016 aber die Frage, wie mit der großen Zahl an Menschen umzugehen ist, die größtenteils illegal auf unseren Kontinent kommen. Trotz des deutlichen Rückgangs von Ankünften in den vergangenen Jahren ist die Herausforderung der Migration weit von einer nachhaltigen Lösung entfernt und wird durch die notwendige Integration und die mangelnde innereuropäische Zusammenarbeit noch verstärkt.

Österreich konnte im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft in der europäischen Migrationspolitik eine entscheidende Trendwende erzielen. Nicht mehr die Frage der Flüchtlingsverteilung innerhalb Europas, sondern der Schutz der EU-Außengrenze, Rückführungen, der Kampf gegen Schlepper, eine Partnerschaft mit Afrika sowie die Hilfe vor Ort stehen nun im Mittelpunkt der Diskussion. Diese Trendwende konnte durch den EU-Gipfel in Salzburg am 20. September 2018 und den Afrika-Gipfel in Wien am 18. Dezember 2018 eingeleitet werden.

Fortschritte konnte Österreich darüber hinaus bei der Vertiefung des Digitalen Binnenmarktes erreichen, wo zahlreiche wichtige Verhandlungen abgeschlossen und Einigungen erzielt wurden. Neben neuen Regelungen für Online-Plattformen wurden zudem Maßnahmen zur Reform des Mehrwertsteuersystems gesetzt, die unter anderem auf die Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug abzielen. Im Kampf gegen den Klimawandel wiederum wurden unter österreichischem Vorsitz ambitionierte CO₂-Reduktionsziele bei PKWs und – erstmals auf EU-Ebene – CO₂-Ziele für LKWs und Busse fixiert.

Positive Entwicklungen gab es auch bei der Heranführung der Westbalkan-Staaten an die EU: So konnten Erweiterungskapitel mit Montenegro und Serbien eröffnet werden. Zudem konnte durch die historische Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Nordmazedonien endlich ein jahrzehntelanger regionaler Konflikt überwunden werden.

Schließlich gelang es Österreich, bei den herausfordernden Brexit-Verhandlungen die Einheit der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten zu wahren.

Durch diese Erfolge wurde eine starke Basis für noch weitergehende Veränderungen und Reformen geschaffen. Denn angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Kontinent heute steht, muss die Europäische Union auch Lösungen bieten, die über die Möglichkeiten einer sechsmonatigen Ratspräsidentschaft hinausgehen.

 **Für ein
bürgernahes
Europa,
dem die
Menschen
vertrauen.**

Europa lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Was passiert, wenn Politiker durch Anti-EU-Rhetorik und Regierungen durch Leugnen ihrer Mitverantwortung dieses Vertrauen untergraben, zeigt der Austrittswunsch Großbritanniens aus der EU sehr deutlich. Am Ende gibt es nur Verlierer. Dem gilt es, mit aller Kraft entgegenzuwirken, und dafür brauchen wir einen Kurswechsel. Hin zu einem bürger-nahen Europa, das Antworten auf die großen Fragen hat und sich gleichzeitig aus den kleinen herausnimmt.

EIN BÜRGERNAHES EUROPA

Öffentliche Aufgaben sollen möglichst bürgernah geregelt werden. Das Grundprinzip der Aufgabenteilung in der Europäischen Union ist das Prinzip der Subsidiarität. Es ist zugleich zentraler Pfeiler der christlichen Soziallehre und Grundwert der Volkspartei. An ihm halten wir fest. Subsidiarität bedeutet, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo es am besten für die Menschen ist.

Der Einzelne, unsere Familien als kleinste Einheit der Gesellschaft sowie die Zivilgesellschaft, die gerade in Österreich durch zahlreiche Vereine und Freiwilligenorganisationen geprägt ist, sollen befähigt werden, ihre Aufgaben möglichst eigenverantwortlich zu lösen. Das fördert lebensnahe Lösungen. Diesem Subsidiaritätsprinzip soll daher auch die Aufgabenaufteilung zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Politik folgen.

In Österreich ist es etwa völlig selbstverständlich, dass es verschiedene Zuständigkeiten für Gemeinden, Länder und den Bund gibt. Je nachdem wie unmittelbar oder über-greifend eine Aufgabe ist, ist eine andere Ebene zuständig. So wird es niemanden verwundern, dass die Organisation der Müllabfuhr nicht auf Landes- oder Bundesebene erfolgt, sondern durch die Gemeinden, da diese viel näher bei den Menschen sind.

Auch in Europa wollen wir dem Grundprinzip der Subsidiarität stärker Gehör verschaffen. Dazu diente auch die Subsidiaritätskonferenz in Bregenz während der österreichischen Ratspräsidentschaft. Auf dieser Grundlage wollen wir weiterarbeiten.

Europa soll sich demnach jener großen Handlungsfelder annehmen, in denen die Staaten und Regionen alleine im globalen Wettbewerb zu wenig bewegen können und wo es um die Bedeutung und Handlungsfähigkeit des Kontinents in der Welt geht: Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik etwa, der gemeinsame Schutz der Außengrenzen sowie Fragen der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes und des internationalen Handels. Auch den Klimawandel kann Österreich nicht alleine bewältigen. In diesen Fragen braucht es eine Stärkung der Europäischen Union.

Die kleineren Themen, die besser auf staatlicher oder regionaler Ebene gelöst werden können, sollen auch auf diesen Ebenen behandelt werden. Sozial-, Gesundheits-, Gesellschafts- und Familienpolitik sowie Straf- und Zivilrecht müssen primär Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und Regionen sein.

Darüber hinaus muss der Schwerpunkt der Gesetzgebung auf Richtlinien liegen und weniger auf Verordnungen. Das stärkt auch das EU-Parlament und die nationalen Parlamente.

Nur wenn es ausreichend Spielräume für lokale und regionale Lösungen gibt, kann die EU ihre Energie auf Lösungen bei den großen Themen konzentrieren. Damit wollen wir die EU stärker und effizienter machen, mehr Bürgernähe schaffen und das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit Europas wiederherstellen. Denn die EU muss den Menschen in den großen Fragen unserer Zeit die Lösungen bieten, die sie zu Recht erwarten; und ihnen zugleich jene Freiheiten geben, die sie brauchen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Grundprinzip der Subsidiarität mehr Gehör verschaffen**
- **Schwerpunkt der Gesetzgebung auf Richtlinien statt auf Verordnungen**

MEHR FREIHEIT DURCH BÜROKRATIEABBAU UND EINFACHERE GESETZE

Durch den Fokus auf die großen Fragen leistet Europa einen Beitrag zur Deregulierung. Da überbordende Bürokratie und Regulierung die Wirtschaft hemmen und auf Unverständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern treffen, müssen wir jede Regelung auf ihren Mehrwert und ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Wir treten deshalb dafür ein, dass es in der EU ein Ablaufdatum für Gesetze („Sunset Clause“) gibt und wenn sinnvoll eine „one in, one out“-Regelung eingeführt wird.

Darüber hinaus müssen Gesetze einfach und leicht verständlich sein. In Österreich wird zu diesem Zweck im ersten Halbjahr 2019 eine „Better Regulation“-Strategie erarbeitet. Die Bundesregierung orientiert sich dabei auch an Ländern wie Deutschland und den Niederlanden, die Bürokratiekosten durch neue Gesetze transparent machen und die Bürokratiekostenbetrachtung auch stärker im Gesetzgebungsprozess berücksichtigen. Auch auf europäischer Ebene braucht es hier Verbesserung, eine koordinierte Kommunikation mit EU-Institutionen und den verstärkten Austausch zwischen den EU-Staaten, um Best-Practice-Beispiele zu forcieren. Das Regulatory Fitness-Programm (REFIT) der EU-Kommission, das bereits seit 2012 EU-Recht regelmäßig auf Wirksamkeit und Effizienz hin überprüft, soll verstärkt werden. REFIT soll die EU-Rechtsvorschriften einfach halten, unnötigen Verwaltungsaufwand abbauen und bestehende Rechtsvorschriften ohne Beeinträchtigung ihrer Ziele entsprechend anpassen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- Einführung eines Ablaufdatums für Gesetze („Sunset Clause“)
- Einführung einer „one in, one out“-Regel auf EU-Ebene, wo dies sinnvoll ist
- Einfachere Gesetze durch Verstärkung von Better Regulation in Europa:
Verstärkung des REFIT-Programms der EU-Kommission

KAMPF GEGEN GOLD PLATING – EIN BEITRAG, DEN WIR SELBST LEISTEN KÖNNEN

Oft schimpfen wir auf Brüssel, wenn uns europäische Regelungen übertrieben vorkommen. Doch nicht selten waren wir in Österreich selbst dafür verantwortlich, wenn eine Übererfüllung durch nationale Gesetze passiert und europäische Mindeststandards so „vergoldet“ werden.

So zum Beispiel bei der Allergenverordnung in der Gastronomie, wo die Umsetzung in Österreich keinen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger gebracht, aber gleichzeitig einen enormen zusätzlichen Aufwand für unsere Betriebe bedeutet hat.

Ein derartiges Gold Plating müssen wir künftig vermeiden. Denn diese sinnlose Übererfüllung europarechtlicher Vorgaben verursacht erhebliche Kosten für die heimische Wirtschaft und schafft zusätzliche bürokratische Hürden für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb überprüft die Bundesregierung schon jetzt alle Vorschriften auf die Übererfüllung von EU-Recht und wird dieses Gold Plating auch beseitigen (dabei handelt es sich insbesondere um überflüssige Mitteilungs-, Melde-, Zulassungs- bzw. Prüfpflichten). Da laufend neue EU-Richtlinien dazukommen, ist Gold Plating ein Thema, das auch ständig mitgedacht werden muss.

Klarerweise kann eine Übererfüllung europäischer Standards in gewissen Fällen auch sinnvoll sein und einen guten Grund haben. So sind etwa Schutznormen aus dem Sozial- und Umweltbereich wie Arbeitnehmerschutzbestimmungen aus gutem Grund in Österreich strenger als anderswo und werden das auch in Zukunft bleiben. Dort aber, wo es sich um sinnlose Übererfüllung handelt, wollen wir uns konsequent gegen Gold Plating einsetzen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Konsequenter Einsatz gegen überflüssiges Gold Plating in Österreich**

 Für ein
sicheres und
handlungs-
fähiges
Europa,
das uns
schützt.

Nur ein sicheres Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger schützt, ist ein Europa, dem die Menschen vertrauen können. Der Schutz der europäischen Außengrenzen und der Kampf gegen illegale Migration stehen dabei an vorderster Stelle. Denn ein Europa ohne Grenzen nach innen ist nur möglich, wenn die Außengrenzen lückenlos geschützt sind. Aber auch der Einsatz gegen den internationalen Terrorismus und eine konsequente Verfolgung von organisierter Kriminalität brauchen verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa.

SICHERE GRENZEN UND KAMPF GEGEN ILLEGALE MIGRATION

2015 haben wir gesehen, was es heißt, wenn Grenzen plötzlich aufgehen und hunderte-tausende illegale Migranten unkontrolliert durch Europa ziehen. 1,3 Mio. Menschen haben damals in nur einem Jahr einen Asylantrag in einem Land der EU gestellt. Doppelt so viele wie 2014. Viele davon haben nicht – wie laut Dublin-Verordnung vorgesehen – einen Asylantrag in dem EU-Mitgliedstaat gestellt, wo sie erstmals EU-Boden betreten haben, sondern erst in Deutschland, Schweden oder Österreich – in Ländern mit gut ausgebautem Sozialsystem. Allein 2015 haben wir in Österreich 90.000 Asylanträge registriert.

Für uns steht fest: Eine Situation wie 2015/16 darf nie wieder passieren. Es gehört zu den Kernaufgaben eines Staates, nicht nur zu kontrollieren, sondern zu entscheiden, wer einreisen darf und wer nicht. Wenn wir die Kontrolle über unsere Grenzen verlieren, bedeutet das also nicht nur ein unmittelbares Sicherheitsrisiko, es gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt und untergräbt letztlich das Vertrauen in den Staat und die Europäische Union. Gerade weil wir für ein geeintes Europa mit offenen Binnengrenzen eintreten, müssen wir die Außengrenzen der Union sichern und illegale Migration stoppen. Denn Sicherheit und ein Europa ohne Grenzen nach innen gibt es nur mit funktionierendem Außengrenzschutz.

Die von Bundeskanzler Sebastian Kurz herbeigeführte Trendwende in der europäischen Flüchtlingspolitik hin zu einem stärkeren Außengrenzschutz und dem consequenten Kampf gegen illegale Migration war deshalb richtig und wichtig. Die Schließung der Balkanroute war dabei ein ebenso entscheidender Schritt, wie auch die nachhaltige Schließung der Mittelmeerrouten notwendig ist, um illegale Migration zu stoppen, die Geschäftsgrundlage der Schlepper zu zerstören und das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Der starke Rückgang von illegaler Migration über die zentrale Mittelmeerroute im Jahr 2018 ist vor diesem Hintergrund ein großer Erfolg, der auch auf die Initiativen der Volkspartei zurückzuführen ist.

Damit nicht mehr die Schlepper entscheiden, wer nach Europa kommt und wer nicht, und es zu einer wirklichen Lösung der Migrationskrise kommen kann, ist die Stärkung von Frontex unabdingbar. Während der Außengrenzschutz zwar primär in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt, koordiniert Frontex die operative Zusammenarbeit zu Land und auf See und bietet zusätzliche technische Unterstützung und Know-how. Wir wollen, dass das bestehende Mandat von Frontex weiter ausgeweitet wird. Dazu konnte unter österreichischem EU-Vorsitz bereits eine Einigung erzielt werden. Der Außengrenzschutz muss verstärkt Zuständigkeit der gesamten EU, nicht nur der Anrainerstaaten werden. So soll der EU-Grenzschutz künftig etwa auch in der Lage sein, Rückführungen durchzuführen oder Schlepperboote am Ablegen in Nordafrika zu hindern. Darüber hinaus braucht die Behörde ausreichend Personal. Frontex soll deshalb noch rascher als geplant auf 10.000 Personen aufgestockt werden. Die Frontex-Statusabkommen am Westbalkan mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien leisten einen wertvollen Beitrag zum krisenfesten EU-Außengrenzschutz. Analog dazu sollten wir so rasch wie möglich eine Ausweitung auf weitere Nachbarregionen wie Nordafrika umsetzen.

Denn solange die europäischen Außengrenzen nicht ausreichend geschützt sind, müssen wir uns vorbehalten, unsere österreichischen Grenzen wenn nötig auch selbst zu kontrollieren, um Ordnung und Sicherheit in Österreich garantieren zu können.

Über einen funktionierenden Außengrenzschutz hinaus braucht es auch eine verstärkte strategische Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Wer in Nordafrika oder einem anderen Land illegal ein Boot besteigt, darf nicht automatisch ein Ticket nach Europa erhalten, sondern muss zurück in Transit- und Herkunftsländer gebracht werden.

Selbstverständlich müssen Ertrinkende im Mittelmeer gerettet werden. Illegale Migration bekämpfen und das Sterben beenden können wir aber nur, wenn Gerettete nicht automatisch weiter nach Europa gelangen, da sich sonst immer mehr Menschen auf die gefährliche Reise machen werden.

Dafür brauchen wir die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Transitländern. Mit Ägypten etwa gibt es auf Initiative von Sebastian Kurz bereits gute Gespräche auf diesem Gebiet. So stellt das Land sicher, dass Menschen nicht mehr auf illegalem Weg nach Europa aufbrechen. Und wenn es den Schleppern doch gelingt, Ägypten illegal zu verlassen, werden die Boote von der ägyptischen Küstenwache zurückgeführt. Solche strategischen Kooperationen wie mit Ägypten brauchen wir auch mit anderen Staaten Nordafrikas.

Eine umfassende europäische Asyl- und Migrationspolitik verlangt eine gesamtheitliche Betrachtung, die auch die Ursachen von Migration bekämpft und die Herkunftsstaaten miteinbezieht. Der Ausbau der Hilfe vor Ort, um Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu geben und Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, steht dabei im Fokus. Österreich leistet mit den Geldern aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) wichtige Hilfe für von Kriegen und Krisen betroffene Länder. Diese Hilfe gilt es, auch in Zukunft zu leisten und laufend zu intensivieren.

Darüber hinaus treten wir für eine bessere Koordination von Hilfeleistungen sowohl in Österreich als auch in Europa ein. Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik müssen vor dem Hintergrund der Migrationskrise gesamtheitlich gedacht und viel enger miteinander verschränkt werden. Die EU ist mit knapp 60% der Entwicklungszusammenarbeitseinsparungen der größte Geber weltweit, nationalstaatliche Strategien sollten mittelfristig durch eine gemeinsame, europäische Entwicklungspolitik ersetzt werden. Als „Global Player“ darf sie jedoch nicht nur so agieren, sondern muss auch die eigenen Interessen viel stärker international verfolgen. Deshalb fordern wir in der EU ein „Less-for-Less-Prinzip“: Wenn ein Drittstaat abgelehnte Asylwerberinnen und Asylwerber nicht zurücknimmt oder nicht kooperiert, sollen entsprechend auch Zahlungen wie beispielsweise EZA-Mittel an diese Staaten gekürzt oder gestoppt werden. Die Tatsache, dass die Vergabe von Visa in der EU künftig an die Bereitschaft der Länder zur Rückübernahme gekoppelt werden soll, ist ein wichtiger Erfolg der Bemühungen Österreichs.

Hilfe vor Ort muss aber mehr sein als Entwicklungspolitik. Europa hat eine besondere Verantwortung für Afrika. Ohne ein größeres Engagement Europas in Afrika wird es keine nachhaltige Lösung der Migrationsherausforderungen geben. Wir brauchen einen europäischen Afrikaplan – keine neue Bevormundung, sondern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in Afrika. Das hochrangige EU-Afrika-Forum im Dezember 2018 in Wien hat hier einen wichtigen Paradigmenwechsel eingeleitet. Indem wir nämlich eine wirtschaftspolitische Partnerschaft auf Augenhöhe anstreben, wird der Weg für Investitionen und Arbeitsplätze frei, die letztlich dringend notwendige Perspektiven vor Ort ermöglichen. Hier gilt es, weiterzuarbeiten und das Verhältnis zwischen der EU und Afrika weiter zu verbessern.

Darüber hinaus braucht es legale Wege nach Europa. Über Resettlement-Programme können Staaten mit Hilfe internationaler Organisationen direkt in Kriegsgebieten Menschen auswählen, die sie aufnehmen wollen. Das hat den Vorteil, dass sich Schlepper nicht bereichern, Staaten gezielt wirklich schutzbedürftige Menschen aufnehmen können und selbst entscheiden, wie vielen Menschen sie Asyl gewähren.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- Funktionierender Außengrenzschutz als Voraussetzung für offene Binnengrenzen
- Österreichische Grenzen wenn nötig schützen, solange Außengrenzen nicht sicher sind
- Raschere Frontex-Aufstockung auf 10.000 Mann und Verstärkung des Mandats von Frontex
- Rasche Umsetzung von Frontex-Statusabkommen mit weiteren Nachbarregionen wie Nordafrika
- Nachhaltige Schließung illegaler Fluchtrouten nach Europa durch strategische Zusammenarbeit mit Drittstaaten
- Wirksame Hilfe vor Ort zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- Verbesserte Koordination der Entwicklungszusammenarbeit in Österreich und Europa
- Mittelfristig Aufbau einer gemeinsamen, europäischen EZA statt nationalstaatlicher Strategien
- Rücknahme von abgelehnten Asylwerbern als Voraussetzung für den Erhalt von Entwicklungshilfe bzw. die Vergabe von Visa
- Schleppernetzwerke gesamtheitlich sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU bekämpfen
- Europäischer Afrikaplan für Zusammenarbeit auf Augenhöhe

KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT UND TERRORISMUS

Österreich ist ein sicheres und lebenswertes Land im Herzen Europas. Unsere Polizei leistet dafür täglich hervorragende Arbeit. Durch den freien Personenverkehr und offene Grenzen innerhalb der EU hängt unsere Sicherheit aber auch von einer guten Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern ab. Denn Gefahren wie der Terrorismus und organisierte Kriminalität machen nicht vor Ländergrenzen halt. Deshalb braucht es auch von unseren Sicherheitsbehörden verstärkte grenzüberschreitende Anstrengungen, um Terroranschläge verhindern, Verbrechen aufklären und kriminelle und radikale Netzwerke zerschlagen zu können.

Es darf nicht sein, dass Terroranschläge und Verbrechen geplant und ausgeführt werden können, weil sich die Ermittlungsfäden zwischen den Behörden verschiedener Mitgliedstaaten verlieren. Schon gar nicht sollen sich gesuchte Straftäter innerhalb der EU den Behörden entziehen können. Wir brauchen eine effiziente Strafverfolgung über die europäischen Grenzen hinweg. Die Zusammenarbeit der Behörden in den Mitgliedstaaten und der Informationsaustausch müssen eng verzahnt werden, um der grenzüberschreitenden und globalen Gefahr von Terroranschlägen und schwerer

Kriminalität entgegenzutreten. Dazu gehört auch der weitere Ausbau eines gemeinsamen Strafregisters (European Criminal Records Information System, ECRIS), auf das alle Mitgliedstaaten zugreifen können.

Darüber hinaus muss Europol zu einer echten europaweiten Informationsdrehscheibe ausgebaut werden – vor allem für biometrische Daten. Und Europol muss mehr Kompetenzen im Antiterrorkampf erhalten. Ein verbesserter Datenaustausch zwischen nationalen Ermittlungsbehörden ist dabei zentral: Wir brauchen einen grenzüberschreitenden Zugriff auf sämtliche Fahndungsdaten sowie einen Abgleich der Asylwerber-Datenbank mit jener für Ein- und Ausreisen und Straftäter. Europol soll zu einer grenzüberschreitenden Ermittlungsbehörde für große grenzüberschreitende Kriminalfälle, insbesondere im Terrorismusbereich, in der EU ausgebaut werden – einer Art „europäisches FBI“, die eng mit nationalen Sicherheitsbehörden kooperiert.

Zur Gewährleistung unserer Sicherheit dürfen auch Anpassungen des geltenden EU-Rechts kein Tabu sein. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Abschiebungen bzw. Außerlandesbringungen von straffälligen Asylwerbern und Asylberechtigten, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, leichter und rascher möglich sind. Dies muss selbstverständlich auf Basis der Menschenrechte und des Rechtsstaats geschehen.

Zu einer wirksamen Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung gehört es auch, illegale Geldflüsse trockenulegen und Geldwäsche wirksam entgegenzutreten. Denn Verbrechen muss strikt bekämpft werden. Europol und Eurojust (Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union) sollen insbesondere bei der Auffindung, Sicherstellung und Einziehung von Vermögenswerten aus strafbaren Handlungen (Verbrechen sollen sich nicht lohnen!) verstärkt tätig werden können und müssen.

Rasche und wirksame Maßnahmen braucht es auch in der digitalen Welt zur Bekämpfung von Cybercrime und dem Handel mit verbotenen Materialien im Darknet wie Suchtmittel, Kinderpornographie oder Kriegsmaterial. Auch um Straftaten zu vereiteln und den Verlust von Menschenleben zu vermeiden, ist die Verbreitung von terroristischen Inhalten zu verhindern. Denn terroristisches Datenmaterial hat bei fast jedem Angriff, den Europa in den letzten Jahren gesehen hat, eine zentrale Rolle gespielt. Dafür braucht es in der EU eine bessere Sicherung elektronischer Beweismittel. Wir treten deshalb für die rasche Umsetzung der E-Evidence-Verordnung ein, damit der Datenaustausch für die europaweite Verfolgung und Bekämpfung schwerer Kriminalität in Zukunft besser erfolgen kann. Unsere bestehenden hohen Datenschutzstandards müssen dabei selbstverständlich immer eingehalten werden. Datenschutz darf aber nicht zum Täterschutz werden.

Zum 1. Jänner 2019 waren mehr als die Hälfte aller Insassen österreichischer Gefängnisse ausländische Staatsbürger. Etwa 18 Prozent stammen aus anderen EU-Staaten, mehr als 35 Prozent sind nicht EU-Bürger. Dieser hohe Ausländeranteil stellt für den österreichischen Strafvollzug eine große Herausforderung dar.

Wir sind der Ansicht, dass wer in einem anderen EU-Staat eine Straftat begeht, seine Haftstrafe im Heimatland verbüßen soll. 2018 wurden etwa 100 ausländische Straftäter in ihr Heimatland überstellt, um dort eine von einem österreichischen Gericht verhängte Haftstrafe abzusitzen. Dieses Konzept gilt es, weiter zu vertiefen. Wo dies nicht möglich ist, fordern wir, dass die Heimatländer für die Kosten der Inhaftierung in Österreich aufkommen. Entsprechende Abkommen sind auf europäischer Ebene zu verhandeln.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Effiziente grenzüberschreitende Strafverfolgung, engere Zusammenarbeit und bessere Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden**
- **Verbesserter Datenaustausch: EU-weiter Zugriff auf Fahndungsdaten, Ausbau eines gemeinsamen Strafregisters**
- **Weiterentwicklung und Stärkung von Europol mit dem mittelfristigen Ziel einer grenzüberschreitenden Ermittlungsbehörde**
- **Leichtere und raschere Abschiebungen bzw. Außerlandesbringungen von straf-fälligen Asylwerbern und Asylberechtigten, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen**
- **Verbesserte Geldwäscheverfolgung**
- **Verstärkte Maßnahmen zur Sicherung und Verfall von Erlösen aus Verbrechen**
- **Rasche Umsetzung der E-Evidence-Verordnung**
- **Gemeinsamer Kampf gegen Cybercrime bzw. das Darknet**
- **Bessere Sicherung elektronischer Beweismittel**
- **Haft in der Heimat oder Übernahme der Haftkosten durch das Herkunftsland**

KAMPF GEGEN RADIKALISIERUNG, EXTREMISMUS UND ANTISEMITISMUS

Um Terroristen nicht nur zu verfolgen, sondern Terrorismus wirksam zu bekämpfen, müssen wir früher ansetzen. Denn die Wurzeln von Terroranschlägen liegen in Extremismus und zunehmender Radikalisierung, die oftmals bereits auf europäischem Boden passieren. Hier darf es keine falsche Toleranz für Hetze gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geben. Radikale Tendenzen, egal von welcher Seite, müssen wir frühzeitig und energisch unterbinden.

Der Großteil der in Europa lebenden 26 Mio. Muslime lebt friedlich und im Einklang mit unseren Gesetzen. Doch eine radikale Minderheit lehnt unsere Gesellschaftsordnung und unsere Grundwerte ab. Hier müssen wir im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit mit aller Härte vorgehen.

Am traurigen Beispiel der Terroranschläge in Frankreich oder Belgien haben wir gesehen, dass einige der Attentäter bereits in Europa aufgewachsen sind und sich hier radikalisiert haben. Die Politik muss daraus die richtigen Schlüsse ziehen und die Tendenzen des gewaltbereiten, politischen Islam konsequent bekämpfen. Denn der aktive Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus ist eine wichtige Grundlage für die Sicherheit in Europa.

Neben einer wirksamen Integrationspolitik in der Kompetenz der Mitgliedstaaten, die Sprach- und Wertevermittlung und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration für Neuzuziehende beinhaltet, brauchen wir auch eine bessere Koordination zwischen den Mitgliedstaaten bei extremistischen Gefährdern. Eine EU-weite schwarze Liste für Hassprediger und eine Gefährderdatei etwa sowie die konsequente Schließung der Moscheen, in denen Hass gepredigt wird, und das Verbot der Auslandsfinanzierung sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, wie jüngste Studien zeigen.

Internetfirmen und Social-Media-Plattformen müssen verpflichtet werden, Terrorpropaganda und Hassreden sofort zu löschen. Einschlägige Literatur, die zu Terror und Gewalt aufruft oder diese verherrlicht, muss genauso verboten werden wie TV-Sender, in denen Hass gepredigt und zur Gewalt aufgerufen wird.

Für uns steht dabei außer Streit, dass Rechtsextremismus um nichts besser als islamistischer Extremismus ist. Beide radikalen Ideologien stellen für unser Land eine Gefahr dar und haben in unserer freien und liberalen Gesellschaft keinen Platz. Sie gehören deshalb konsequent bekämpft.

Zum Schutz unserer offenen, demokratischen Systeme muss auch verstärkt gegen gezielte Beeinflussung und Falschinformationen vorgegangen werden. Die EU-Kommission hat zu diesem Zweck im vergangenen Jahr einen Aktionsplan zum Kampf gegen Desinformation vorgelegt. Unsere Demokratien basieren auf einer offenen, freien und fairen öffentlichen Debatte. Auch hier müssen wir die Kräfte bündeln, um unsere Demokratien vor Desinformation zu schützen. Nur wenn die europäischen Mitgliedstaaten in all diesen Bereichen eng zusammenarbeiten, können wir den Kampf gegen die Extremisten gewinnen.

Leider nehmen in den letzten Jahren auch antisemitische Tendenzen in Europa wieder zu. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hat in einer groß angelegten Studie nachgewiesen, dass sich die Situation für Jüdinnen und Juden in Europa zunehmend verschlechtert: Rund 90% der Befragten sind der Meinung, dass Antisemitismus in ihrem Land zunimmt, 70% erfahren Antisemitismus im öffentlichen Raum, in den Medien und in der Politik und nahezu 30% der Befragten sind belästigt worden. Antisemitismus kommt dabei aus allen Richtungen, sowohl von rechter als auch von linker sowie von muslimischer Seite.

Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen. Unter der österreichischen Ratspräsidentschaft hat Sebastian Kurz mit einer großen Antisemitismuskonferenz im November letzten Jahres einen wichtigen Prozess angestoßen, der fortgeführt und umgesetzt werden muss. Auf österreichische Initiative hin wurde erstmals eine Erklärung des Rates zur Bekämpfung von Antisemitismus angenommen und eine einheitliche Definition von Antisemitismus verabschiedet, was einen ersten wichtigen Schritt für die Sicherheit jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Europa bedeutet. Ein Wiedererstarken des Antisemitismus in Europa müssen wir mit aller Kraft verhindern. Erst wenn Juden in Österreich, Europa, Israel und auf der ganzen Welt in Frieden und Freiheit leben können, sind wir unserer historischen Verantwortung auch wirklich gerecht geworden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Wirksamer Kampf gegen alle Formen von Extremismus und Radikalisierung, um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen**
- **Schaffung einer EU-weiten schwarzen Liste für Hassprediger und einer Gefährderdatei**
- **Stärkere Kontrolle und konsequente Schließung von Moscheen, in denen Hass gepredigt wird**
- **Rasche Maßnahmen gegen Hate-Speech online und offline**
- **Rasche Löschung von terroristischen und gewaltverherrlichenden Inhalten im Internet**
- **Kampf gegen Desinformation zum Schutz unserer Demokratie**
- **Konsequente Bekämpfung von Antisemitismus und Schutz jüdischer Einrichtungen in Österreich und Europa**

 **Für einen
starken
Standort,
der unseren
Wohlstand
sichert.**

Europa ist heute eine globale Wirtschaftsmacht. Doch unser Standort droht angesichts des Aufstiegs neuer Wirtschaftsmächte, teils überbordender Bürokratie und des Fachkräftemangels zurückzufallen. Ein zentraler Schlüssel zur Sicherung unseres Wohlstands ist der europäische Binnenmarkt – der größte gemeinsame Markt der Welt. Er überwindet die Zersplitterung Europas in viele unterschiedliche Regeln und Standards, regt Wettbewerb und Innovation an und stärkt unsere Verhandlungsposition in den Handelsbeziehungen mit der restlichen Welt. Diesen Binnenmarkt gilt es, weiterzuentwickeln und vor allem die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bilden zusammen den größten Binnenmarkt der Welt. Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU und hat seitdem massiv vom Zugang zum gemeinsamen Markt profitiert, denn über 70% unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Seit dem Beitritt haben sich die österreichischen Exporte in die EU-Mitgliedstaaten verdreifacht. Durch den Wegfall der Zollkontrollen und Wartezeiten ersparen sich unsere heimischen Unternehmen im EU-Export bis zu 4,3 Mrd. Euro jährlich. Insgesamt hat Österreich von der europäischen Integration mit einem kumulierten zusätzlichen Wirtschaftswachstum in Höhe von 63 Mrd. Euro enorm profitiert. Dadurch konnten rund 18.500 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass uns die EU nicht nur in guten Zeiten nützt, sondern auch in schlechten Zeiten schützt. Sie hat bei Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 rasch reagiert und binnen kurzer Zeit einen Schutzschirm zur Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte und der Kreditwirtschaft aufgespannt. Den Wettbewerbsvorteil, den wir durch den gemeinsamen Binnenmarkt haben, gilt es, zu erhalten und weiter zu vertiefen.

Dafür braucht es einen starken Wirtschaftsstandort, der sich von der internationalen Konkurrenz durch höchste Qualität, innovatives Know-how und unternehmerfreundliche Bedingungen abhebt. Um auch in Zukunft als internationale Wirtschaftsmacht im Wettbewerb auf dem Weltmarkt bestehen zu können, muss sich Europa verstärkt darauf konzentrieren, die Chancen durch die Digitalisierung zu nutzen, eine starke Handelspolitik betreiben und Innovation und Forschung in der Union fördern. Bürokratische Hürden für unsere europäischen Unternehmen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Vor allem unsere Klein- und Mittelbetriebe sollen von der EU profitieren und nicht durch weitere Vorschriften und Überregulierung zusätzliche Lasten aufgebürdet bekommen.

Um reibungsloses Wirtschaften im Binnenmarkt zu gewährleisten, ist zudem Rechtssicherheit für Unternehmen unerlässlich. Daher brauchen wir einen starken inner-europäischen Investitionsschutz, der unsere Unternehmen vor ungerechtfertigten staatlichen Eingriffen schützt. Wettbewerbsrechtliche Fragen, wie etwa der Zusammenschluss von Unternehmen, müssen unter Berücksichtigung des globalen Wettbewerbs im europäischen Wirtschaftsinteresse gelöst werden. Denn europäische

Unternehmen sollen unterstützt, nicht behindert werden. Wir wollen den unfairen Wettbewerb zwischen europäischen Unternehmen und Drittstaaten, digitale Monopole und übermäßige Regulierung, die im Grunde nur außereuropäischen globalen Konzernen nützt, beenden. Dafür braucht es Neuerungen für ein modernes und gerechtes europäisches Wettbewerbsrecht.

Um unsere europäischen Unternehmen darüber hinaus vor strategischen Übernahmen – vor allem in der Kernindustrie – zu schützen, gilt es, ausländische Direktinvestitionen, die die Sicherheit oder öffentliche Ordnung beeinträchtigen, genauer zu untersuchen (FDI-Screening). Denn nicht jeder Investor ist ein freundlicher Investor und nicht immer ist Partnerschaft auf Augenhöhe die Hauptmotivation für einen Markteintritt. Dabei geht es nicht um Abschottung oder die Einschränkung freier Marktwirtschaft, sondern um den Schutz sensibler Technologie und kritischer Infrastruktur.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Abbau von bürokratischen Hürden für europäische Unternehmen**
- **Gute Rahmenbedingungen für KMU**
- **Starker innereuropäischer Investitionsschutz für mehr Rechtssicherheit**
- **Ein modernes und gerechtes europäisches Wettbewerbsrecht**
- **Stärkung des Binnenmarkts in allen grenzüberschreitenden Bereichen**
- **Schutz kritischer Infrastruktur durch FDI-Screening**

CHRISTLICH-SOZIAL OHNE SOZIALISTISCHE UMWERTEILUNG

Unser politisches Ordnungsmodell ist die ökosoziale Marktwirtschaft, nicht der Markt allein. Deshalb braucht die EU neben dem gemeinsamen Markt auch eine starke soziale Koordinierung. Die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union darf aber nicht bedeuten, dass man sich das beste Sozialsystem aussuchen kann. So kann es etwa nicht sein, dass man schon nach einem Tag Beschäftigung in einem EU-Staat vollen Anspruch auf Sozialleistungen hat. Das ist nicht im Interesse jener Menschen, die tagtäglich einer Arbeit nachgehen und somit ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Es geht deshalb auch um mehr Gerechtigkeit für jene, die hart arbeiten und mit ihren Beiträgen eine solidarische Gesellschaft ermöglichen.

Vor 15 Jahren sind die osteuropäischen Staaten der EU beigetreten, und Österreich hat stark davon profitiert. Gleichzeitig hat auch der Wohlstand in Osteuropa stark zugenommen. Auch in Zukunft wird es eines der Ziele der EU sein, einen Ausgleich zwischen sozial und wirtschaftlich unterschiedlich entwickelten Regionen zu schaffen. Denn wir wollen, dass die EU spürbare Vorteile für jede Bürgerin und jeden Bürger bringt und nicht nur für die Wirtschaft. Dazu gehört auch eine langfristige Angleichung der Lebensstandards zwischen den Regionen in Europa. Mindeststandards bei den Regeln (z.B. Arbeitszeit) helfen nicht nur dabei, unfairen Wettbewerb zu verhindern, sondern bekämpfen gleichzeitig Lohn- und Sozialdumping und schützen damit die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa.

Es ist aber nicht in unserem Sinne, dass es in der Europäischen Union zu einer Harmonisierung der Sozialpolitik wie beispielsweise der Einführung eines einheitlichen Mindestlohns in der EU kommt. Wir wollen keine Senkung unserer österreichischen Standards und keine weitere Umverteilung. Sozialpolitik muss im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben.

Teil unseres christlich-sozialen Selbstverständnisses ist auch eine Politik, die auf die bessere Inklusion der etwa 80 Mio. Menschen mit Behinderungen hinwirkt, welche innerhalb der Europäischen Union leben. Als Gesellschaft muss es unser Ziel sein, die Inklusion dieser Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben sowie Barrierefreiheit in all ihren Dimensionen (bauliche, soziale, kommunikative) zu berücksichtigen. Jede Ebene der Politik sollte sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit diesem Ziel verpflichtet fühlen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Arbeitnehmerfreizügigkeit heißt nicht, sich das beste Sozialsystem aussuchen zu können**
- **Langfristige Angleichung der sozialen Unterschiede durch wirtschaftliche Entwicklung**
- **Mindeststandards bei den Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping**
- **Keine Senkung österreichischer Standards**
- **Sozialpolitik bleibt in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten**
- **Inklusion von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen vorantreiben**

DIGITALER BINNENMARKT FÜR EIN INNOVATIVES EUROPA

Die Digitalisierung hat die Art und Weise, wie wir in Europa leben und arbeiten, in den letzten Jahrzehnten bereits von Grund auf verändert. Die vierte industrielle Revolution – künstliche Intelligenz, Robotisierung, Internet der Dinge, 3D-Druck und Digitalisierung – hat schon längst begonnen. Sie verändert unser Leben, unsere Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft ähnlich stark wie die Einführung der Elektrizität. Europa muss sich als „Innovation Leader“ an die Spitze dieser technologischen Entwicklung stellen und die digitale Revolution anführen. Dafür braucht es mutige Investitionen in Innovation und Forschung und ein ebenso mutiges Überdenken unserer Arbeits-, Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik.

Es ist unsere Aufgabe, das Erfolgsmodell des europäischen Binnenmarkts an die Digitalisierung anzupassen – und den digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Während des österreichischen EU-Vorsitzes konnten bereits 85 Prozent aller Vorschläge der EU-Kommission zum digitalen Binnenmarkt abgeschlossen werden. Im 21. Jahrhundert darf es keine Rolle mehr spielen, ob Käufer und Verkäufer in verschiedenen EU-Ländern sitzen. Egal, ob beim Online-Einkauf, beim grenzüberschreitenden Kauf von SIM-Karten, bei Versicherungen, Autos, der Paketzustellung oder dem Zugriff auf Online-Mediendienste – die Grenzen im Binnenmarkt müssen weg. Dabei ist von Seiten der EU ein besonderes Augenmerk auf den grenzüberschreitenden Verbraucherschutz zu legen.

Wir müssen die besten Rahmenbedingungen schaffen, um eine europäische digitale Wirtschaft zu sichern. Nur so können wir es schaffen, dass die Googles, Facebooks und Apples von morgen aus Europa kommen – „Hightech made in Europe“.

Statt uns vor Veränderung zu fürchten, begreifen wir die Digitalisierung also als große Zukunftschance, die wir aktiv gestalten wollen. Wir müssen daher die Digitalisierung in der EU vorantreiben, gezielt in Forschung und Innovation investieren, die benötigte Infrastruktur ausbauen, die Menschen auf die Anforderungen einer digitalisierten Welt vorbereiten, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft schaffen und dabei auch die Sicherheit unserer Daten gewährleisten.

Neue Technologien, die durch die Digitalisierung und Automatisierung auf dem Vormarsch sind, bieten auch für den europäischen Wirtschafts- und Industriestandort neue Zukunftschancen. Verlorengegangene Industrien können so wieder nach Europa zurückgeholt und Arbeitsplätze geschaffen werden. So wollen wir, dass Europa einen Schwerpunkt auf die Erforschung und weitere Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz legt. Neue, robotisierte Technologien bieten wichtige Chancen, etwa im Bereich der Mobilität oder Medizin, und lassen hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

Um Europa von digitalen Abhängigkeiten zu befreien und selbst sichere, stabile Online-Kommunikation gewährleisten zu können, braucht es darüber hinaus die Schaffung einer eigenen europäischen Cloud.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Chancen nutzen und echten digitalen Binnenmarkt schaffen**
- **Besonderes Augenmerk auf Fairness im grenzüberschreitenden Online-Handel**
- **Infrastruktur ausbauen und Menschen auf digitalisierte Welt vorbereiten**
- **Schwerpunkt auf die Erforschung von Artificial Intelligence**
- **Europäische Cloud für sichere und stabile Online-Kommunikation**

■ EXPORTE SICHERN UNSEREN WOHLSTAND

Österreich ist eine Exportnation. Wir verdienen sechs von 10 Euro unseres Wohlstands im Export. Jeder zweite Arbeitsplatz in unserem Land hängt direkt oder indirekt am Außenhandel. Das zeigt, wie wichtig eine starke Exportwirtschaft für unser Land ist. Im Zusammenschluss des gemeinsamen Binnenmarkts kann die EU dabei international deutlich stärker auftreten, als Österreich dies im nationalen Alleingang könnte. So können wir unsere handelspolitischen Ziele auf globaler Ebene gemeinsam besser durchsetzen. Gerade wenn bewährte Partnerschaften instabil werden, braucht es für eine kleine Volkswirtschaft wie Österreich umso mehr moderne und transparente Wirtschaftspartnerschaften.

Wir unterstützen deshalb eine EU-Handelspolitik, die sich für umfassende internationale Handelsabkommen einsetzt. Österreich wirkt auf europäischer und internationaler Ebene protektionistischen Tendenzen entschlossen entgegen. Eine proaktive multilaterale EU-Handelspolitik und die Vertiefung der bilateralen und regionalen Handelsbeziehungen haben Priorität. Denn eine starke Exportwirtschaft schafft Arbeitsplätze in der EU sowie in Österreich und sichert unseren Wohlstand.

Dafür braucht es faire und transparente Wettbewerbsbedingungen. Bei allen Verhandlungen über Freihandelsabkommen fordern wir neben Transparenz und demokratischen Kontrollmöglichkeiten, dass Exportvereinbarungen unseren heimischen Unternehmen und den Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich zugutekommen. Das bedeutet vorteilhafte Konditionen und bessere Preisgestaltung, damit vor allem unsere Klein- und Mittelbetriebe von einer steigenden Exportnachfrage profitieren. Dafür ist eine frühzeitige Einbindung von Unternehmensvertretern in Handelsverhandlungen notwendig.

Nicht verhandelbar sind unsere hohen Umwelt-, Konsumenten- und Lebensmittelstandards sowie Transparenz und Rückverfolgbarkeit in den Lieferketten. Bei voller Gewährleistung der Transparenz sollen neue Abkommen zudem rascher abgeschlossen werden können.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Umfassende Handelsabkommen und fairen Handel forcieren**
- **Faire und transparente Wettbewerbsbedingungen**
- **Frühzeitige Einbindung von Unternehmensvertretern in Handelsverhandlungen**
- **Beibehaltung hoher Umwelt-, Konsumenten- und Lebensmittelstandards**

MOBILITÄT IM SINNE VON WIRTSCHAFT UND UMWELT

Mobilität ist ein wichtiger Standortfaktor, belastet aber auch die Umwelt. Österreich wird deshalb seine Interessen als Transitland im Herzen Europas auch in Zukunft nachdrücklich vertreten. Insbesondere der Westen unseres Landes ist mit negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt, Infrastruktur und vor allem auf die Gesundheit der Menschen konfrontiert. Deshalb setzen wir besonders auf nachhaltige, emissionsarme Mobilität und umweltfreundliche Technologien.

2,4 Mio. LKWs haben im letzten Jahr den Brenner überquert. Aus Rücksichtnahme auf regionale Gegebenheiten und die Lebensqualität der Anrainer vor Ort fordern wir ein verträgliches Verkehrsaufkommen sowie wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Vignettenflucht und von Ausweichverkehr. Die EU-Wegekosten-Richtlinie ist ein wichtiger Hebel, um das Preisniveau in jenem Maß anzuheben, wie es für den Erhalt unseres wertvollen Lebensraumes und für die Gesundheit der nächsten Generation notwendig ist. Denn Kostenwahrheit im Transitverkehr, das heißt die Berücksichtigung von Infrastruktur-, Umwelt- und anderen Folgekosten, ist ein entscheidender Faktor für einen fairen Wettbewerb.

Transnationale Großprojekte, die den Verkehr von der Straße auf die Schiene lenken, wie etwa der Brenner- und der Semmering-Basistunnel, sind konsequent voranzutreiben. Auf europäischer Ebene mitzudenken sind Zulaufstrecken in unseren Nachbarstaaten. Das klimafreundliche System Schiene hat sich in über 175 Jahren zum Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs und für viele Wirtschaftszweige auch zum unverzichtbaren Transportpartner im Güterverkehr entwickelt. Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf den weiteren Ausbau eines transeuropäischen Schienennetzes.

Darüber hinaus sind moderne umweltfreundliche Technologien konsequent zu nutzen und die Rahmenbedingungen für die Elektrifizierung des Verkehrs zu verbessern. Das bedeutet vor allem den flächendeckenden Aufbau von Ladeinfrastruktur in allen EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass es ein ausreichendes Angebot an leistbaren, sauberen Autos gibt und der dafür notwendige Strom aus erneuerbaren Quellen stammt. Langfristig soll hier auch Wasserstoff verstärkt zur Anwendung kommen.

An einer Dekarbonisierung unserer Mobilität führt langfristig kein Weg vorbei. Nur so lassen sich die internationalen, europäischen und nationalen Klimaziele auch tatsächlich erreichen. Fossile Energieträger müssen durch die Umstellung auf saubere Fahrzeuge basierend auf erneuerbarer Energie weitgehend ersetzt werden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Verträgliches Verkehrsaufkommen durch Kostenwahrheit und Umstieg von der Straße auf die Schiene**
- **Konsequentes Vorantreiben von klimafreundlichen Großprojekten im Verkehrsbereich wie des Brennerbasistunnels**
- **Ausbau des transeuropäischen Schienennetzes**
- **Nutzung von umweltfreundlichen Technologien wie E-Mobilität und Wasserstoff vorantreiben**
- **Aufbau von flächendeckender Ladeinfrastruktur für E-Autos in ganz Europa**
- **Langfristig Dekarbonisierung der Mobilität und Umstellung auf saubere Fahrzeuge**



Finanzen, Steuern und Budget.

Die Europawahl 2014 stand noch stark im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise in Europa. Jetzt gilt es, aus den Krisen der Vergangenheit die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Es braucht ein nachhaltiges Finanz- und Währungssystem. Und es braucht sowohl in den Mitgliedstaaten, als auch in der Europäischen Union eine verantwortungsvolle Budgetpolitik. Dazu gehört auch mehr Fairness im Steuersystem.

FÜR EINE STARKE UND SCHULDENFREIE EURO-ZONE

Der Euro ist eine der wichtigsten und stabilsten Währungen der Welt und bildet für zahlreiche Staaten Europas den Kern der europäischen Integration. EU-Staaten, die den Euro annehmen, müssen eine verantwortungsvolle Budgetpolitik an den Tag legen („Stabilitäts- und Wachstumspakt“). Was es bedeutet, wenn diese Kriterien wiederholt gebrochen werden, hat die Staatsschuldenkrise der letzten Jahre vor allem in Griechenland gezeigt. Die Schulden von heute sind die Belastungen, Kürzungen und sozialen Krisen von morgen.

Umso unverständlicher ist es, wenn EU-Länder nach wie vor verantwortungslose Schuldenpolitik betreiben. Denn während Österreich 2019 einen Überschuss erzielt, sind andere Mitgliedstaaten wie Italien und Frankreich erneut auf dem Weg des erhöhten Schuldenmachens. Das muss ein Ende haben! Wir müssen die richtigen Lehren aus der Krise ziehen und eine europäische Schuldenbremse einziehen. Das bedeutet vor allem, dass gemeinsame Regeln wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausnahmslos eingehalten werden müssen, von kleinen wie von großen Ländern der Euro-Zone.

Wir verlangen daher eine wirksame Sanktionierung durch die EU-Kommission, wenn gemeinsame Regeln nicht eingehalten werden. Die Kommission muss auch und gerade bei großen Staaten Haltung bewahren. Denn wenn ein Staat die gemeinsamen Regeln bricht, gefährdet er nicht nur sich selbst, sondern die gesamte Euro-Zone. Es kann nicht sein, dass eine übermäßige Verschuldung eines Euro-Landes auf die Gruppe aller Euro-Länder übertragen wird. Auch darf ausnahmslos kein Land der Euro-Zone beitreten, das die Kriterien nicht vollständig und nachhaltig erfüllt. Eine Aufweichung der Regeln wird es mit uns nicht geben!

Die Einhaltung der Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion ist Voraussetzung für deren Vertiefung. Nachdem die EU mit vereinten Kräften die Staatsschuldenkrise gemeistert hat, müssen nun die Arbeiten weitergehen, um das Finanz- und Währungssystem sicherer und nachhaltiger zu machen. Denn die gemeinsame Währung erfordert mehr gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik.

Ein zentraler Pfeiler davon ist die Vervollständigung der Bankenunion. Mit ihr muss sichergestellt werden, dass Banken ihrer wichtigsten Aufgabe, der Finanzierung der Realwirtschaft, nachkommen können. Gleichzeitig soll sie verhindern, dass in Zukunft Steuergeld zur Rettung von Banken verwendet wird. Denn das Finanzsystem muss in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden – nicht umgekehrt.

Infolge der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurden wichtige Bauteile einer Bankenunion bereits auf den Weg gebracht. Neben wirksamen Regeln für das Eigenkapital von Banken zählen dazu vor allem eine gemeinsame europäische Aufsicht über große Banken sowie einheitliche Regeln zur Sanierung und Abwicklung maroder Banken. Wir fordern die volle Durchsetzung aller vereinbarten Beschlüsse. Bei weiteren Maßnahmen wie der gemeinsamen europäischen Sicherung von Bankeinlagen müssen zunächst bestehende Altlasten und Risiken deutlich und nachhaltig minimiert werden, bevor wir einer weiteren Risikoteilung zustimmen können.

Ein zentrales Instrument der Krisenbewältigung war auch der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der sogenannte „Euro-Rettungsschirm“. Diesen Rettungsschirm wollen wir zu einem richtigen Europäischen Währungsfonds ausbauen, der von anderen Wirtschaftsmächten unabhängig ist. So soll die Rolle des ESM bei der Ausgestaltung und Überwachung von Hilfsprogrammen sowie bei der Entwicklung neuer Finanzhilfeeinstrumente erweitert werden.

Das Ziel einer Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion ist neben der Stabilität im Inneren eine größere Bedeutung des Euro auf den globalen Finanzmärkten. Außerdem wollen wir dadurch erreichen, dass die schrankenlose Nullzinspolitik und das aktive Ankaufen von Anleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) als kurzzeitiges Kriseninstrument rasch und vollständig zurückgenommen werden. Stattdessen sollte sich die EZB wieder einer nachhaltigen Geldpolitik zuwenden, die die Preisstabilität und somit auch den Schutz unserer Sparer als oberstes Ziel hat.

Schließlich ist ein Herzstück unserer Politik zum Euro die Forderung, dass dieser auch in Zukunft „greifbar“ bleiben muss. Eine Abschaffung des Bargelds kommt für uns nicht in Frage. Innovative elektronische Zahlungsformen sind eine wichtige Ergänzung, aber keinesfalls Ersatz für Banknoten und Münzen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- Umsetzung einer europäischen Schuldenbremse
- Wirksame Umsetzung und Sanktionierung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Klares Nein zu einer Schuldenunion
- Vervollständigung der Bankenunion
- Errichtung einer europäischen Einlagensicherung nur unter der Prämisse: nachhaltige Risikominderung vor Risikoteilung
- Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem richtigen Europäischen Währungsfonds
- Möglichst rasche Rückkehr der EZB zu einer nachhaltigen Geldpolitik
- Keine Abschaffung von Bargeld

FÜR MEHR GERECHTIGKEIT: UNSER STEUERSYSTEM INS DIGITALE ZEITALTER BRINGEN

Als Volkspartei setzen wir uns für eine Senkung von Steuern und Abgaben ein. Gleichzeitig sagen wir jeder Form der ungerechten Steuervermeidung und des Steuerbetrugs den Kampf an. Das gilt im Besonderen für multinationale Online-Konzerne, die sich oft durch Tricks ihren steuerlichen Pflichten entziehen. Tatsächlich zahlen manche internationale Online-Firmen nur ein Prozent Steuern, während kleine heimische Betriebe im Schnitt 26 Prozent zahlen.

In Österreich hat die Bundesregierung bereits mit der Einführung einer Digitalsteuer für Online-Werbung reagiert. Denn viele Konzerne machen mit Werbung auf ihren Websites ein Geschäft, werden dafür aber kaum besteuert. Gleichzeitig ist klar, dass diese schreiende Ungerechtigkeit nur durch mehr gemeinsame Regeln auf OECD- und EU-Ebene wirklich nachhaltig und wirksam abgestellt werden kann. Das Prinzip, dass Unternehmen dort Steuern zahlen, wo die Wertschöpfung stattfindet, muss überall in Europa durchgesetzt werden – auch im digitalen Zeitalter.

Konkret fordern wir als ersten Schritt eine Steuer auf Online-Umsätze mit möglichst breitem Anwendungsbereich – neben Online-Werbeeinnahmen sollen etwa auch Vermittlungsleistungen von Online-Plattformen wie Airbnb oder Uber oder das Sammeln und Verkaufen von Daten umfasst sein.

Ein noch weiter reichender Schritt muss die Einführung der „Digitalen Betriebsstätte“ auf OECD- oder EU-Ebene sein. Das würde eine völlige Veränderung der internationalen Steuerregelungen bedeuten. Staaten könnten dadurch Gewinne von Online-Geschäften besteuern, auch wenn der Konzern physisch nicht im Land präsent ist. Ungebührende Gewinnverschiebungen würden so wirksam verhindert.

Aber nicht nur in der digitalen Welt stellen uns Steuervermeidung und -betrug vor Herausforderungen. Bei der Körperschaftssteuer setzen wir uns etwa für eine einheitliche Berechnung der Bemessungsgrundlage in der EU ein, durch die auch im analogen Geschäft Steuerschlupflöcher für große Konzerne gestopft werden können.

Neben Unternehmen müssen wir auch Staaten stärker in die Pflicht nehmen, wenn diese sich unkooperativ im Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug zeigen. Daher wollen wir der bestehenden „Schwarzen Liste“ von Steueroasen mehr Schlagkraft verleihen. Die Sanktionen für betroffene Staaten müssen deutlich verschärft werden. Vom Einfrieren von Zahlungen seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten (z.B. Entwicklungshilfe, Projektfinanzierungen) über eine Einschränkung des Kapitalverkehrs bis hin zum völligen Verbot von Überweisungen an Briefkastenfirmen in den Steueroasen sollte sich Europa alle Optionen offen halten.

Gerechte Steuerpolitik geht über den Kampf gegen dubiose Steuerpraktiken hinaus. Seit vielen Jahren wird in der EU über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer debattiert, deren Ziel es ist, auch die Verursacher der Finanzkrise an deren Kosten zu beteiligen. Auch wenn mittlerweile der Gegenvorschlag einer viel schwächeren Aktiensteuer am Tisch liegt, kämpfen wir weiterhin für die Durchsetzung einer echten Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Einführung einer Steuer auf Online-Umsätze mit möglichst breitem Anwendungsbereich**
- **Einführung einer „Digitalen Betriebsstätte“ auf OECD- oder EU-Ebene**
- **Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer**
- **Schärfere Sanktionen für Steueroasen auf der „Schwarzen Liste“ der EU**
- **Festhalten an der Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer**

EU-BUDGET: FÜR EIN SPARSAMES UND ZUKUNFTSORIENTIERTES EUROPA

Ein Budget ist die in Zahlen gegossene Politik. Wenn wir in Europa Veränderung erreichen wollen, dann muss sich dies auch im Budget widerspiegeln.

Die Aufgaben der Europäischen Union und ihrer Institutionen werden mehr, nicht weniger. Mehr Mittel braucht es, um den Herausforderungen der Globalisierung, der Digitalisierung, des Klimawandels und des Umweltschutzes zu begegnen, aber auch beim Umgang mit Migration, beim Schutz der EU-Außengrenzen, bei der Bekämpfung der Migrationsursachen und für eine neue Afrika-Politik. Anreize und Sanktionen bei Außenhilfsprogrammen sollten die Kooperationsbereitschaft der Empfängerstaaten bei Rückübernahmen illegaler Migranten erhöhen. Außerdem müssen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter und der Kampf gegen den Klimawandel Priorität im EU-Budget haben. Damit verbunden sind weitaus höhere Mittel für Spitzenforschung und Innovation.

Im Bereich der Landwirtschaft braucht es eine Förderpolitik, die die finanziellen Mittel zur Unterstützung unserer Familienbetriebe sicherstellt und faire Einkommen gewährleistet. Bei den Mitteln für die ländliche Entwicklung in Österreich darf es keine Kürzungen geben und vor allem bei den Direktzahlungen fordern wir eine stärkere Begünstigung kleinerer Agrarbetriebe. Auch bei den Regionalförderungen, von denen möglichst alle EU-Regionen profitieren sollen, muss ein klarer Mehrwert erkennbar sein. Zudem fordern wir hier eine stärkere Bindung an Strukturreformen für eine effiziente Mittelverwendung sowie höhere nationale Kofinanzierungssätze. Wichtig ist außerdem ein umfassender Bürokratieabbau bei allen europäischen Förderprogrammen.

Gleichzeitig haben wir darauf zu achten, dass die Einsparungspotenziale durch Reformen genützt werden. Zur Erreichung unserer budgetpolitischen Ziele sind echte Veränderungen in den EU-Institutionen selbst notwendig. Um das Einsparungspotenzial in der Verwaltung zu heben, brauchen wir im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schlanke Strukturen, weniger Bürokratie und mehr Effizienz. Wir treten für die Vereinbarung einer verbindlichen Obergrenze für sämtliche administrative Kosten ein; gleichzeitig soll den Institutionen mehr Flexibilität bei Umschichtungsmöglichkeiten gewährt werden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Einsparungspotenziale müssen genutzt werden**
- **Prioritäten des EU-Budgets im Sinne der Subsidiarität: Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz, Forschung und Innovation**
- **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu Gunsten kleiner bäuerlicher Familienbetriebe**
- **Sicherstellung einer effizienten Regionalpolitik mit klarem Mehrwert, die möglichst alle Regionen der EU berücksichtigt**
- **Vorhandene Einsparungspotenziale in der EU-Verwaltung nutzen**

 **Landwirtschaft im
Einklang
mit Natur
und Umwelt.**

Der ländliche Raum ist ein wichtiger Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum, insbesondere da zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung „am Land“ leben. Unsere heimische Landwirtschaft mit unseren bäuerlichen Familienbetrieben ist Motor zur Stärkung der ländlichen Regionen. Unsere heimische Landwirtschaft ist Vorreiter in Europa und der Welt. Unsere Bäuerinnen und Bauern produzieren tagtäglich Produkte von höchster Qualität und garantieren den Erhalt der österreichischen Kulturlandschaft – und das im Einklang mit Natur und Umwelt. Deshalb wollen wir die heimische Lebensmittelproduktion fördern und die kleinstrukturierte Landwirtschaft schützen.

Wer im ländlichen Raum lebt, muss die gleiche Versorgungssicherheit und gleichwertige Chancen vorfinden wie in der Stadt. Das betrifft etwa die Gesundheitsversorgung, die Infrastruktur und Arbeitsplätze. Wir wollen daher Anreize schaffen, um den ländlichen Raum als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensraum zu erhalten. Investitionen in die digitale Infrastruktur und den beschleunigten Ausbau von 5G und Breitband kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wichtige Grundlage für einen vitalen ländlichen Raum, die Bereitstellung von hochwertigen Rohstoffen und gesunden Lebensmitteln, den Erhalt der genetischen Ressourcen und der Artenvielfalt ist unsere heimische Landwirtschaft. Wir treten für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein, die nicht die Agrarfabriken, sondern die bäuerlichen Familienbetriebe als Zukunftsmodell sieht. Nur eine flächendeckende Landwirtschaft, insbesondere auch im benachteiligten und im Berggebiet garantiert uns die tägliche Versorgung mit sicheren, qualitativ hochwertigen und leistbaren Lebensmitteln. Für sie gilt Qualität statt Masse und regionale Produktion in der Nähe der Verbraucher. Die Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik der EU muss dies sicherstellen.

Konsumenten wollen außerdem wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und was drinnen ist. Ob in einer Mehlspeise Käfigeier aus der Ukraine oder Freiland Eier aus Österreich sind, macht schließlich einen Unterschied. Wir müssen unsere heimische Qualität hochhalten und brauchen uns nicht zu verstecken. Wo Österreich drinnen ist, soll auch Österreich draufstehen. Wir treten deshalb für eine effektive und lückenlose Herkunftskennzeichnung und gentechnikfreie europäische Lebensmittel ein.

Die Leistungen und der Mehrwert unserer heimischen Landwirtschaft für die Gesellschaft müssen nicht nur im Budget angemessen abgebildet sein, sondern die hochwertigen Produkte verdienen auch einen fairen Preis, der das Einkommen sichert. Es darf daher auch zu keinen Kürzungen der Mittel für die ländliche Entwicklung kommen und wir werden dafür kämpfen, dass die Einkommensbestandteile der Bauern stabil bleiben. Denn der Erhalt einer multifunktionalen, flächendeckenden und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie der Alm- und Weidewirtschaft stellt in Europa ein grundlegendes volkswirtschaftliches Interesse dar.

Die Landwirte sind das Rückgrat des ländlichen Raums. Damit das so bleibt, braucht es genügend Anreize, insbesondere für Junglandwirte. Überbordende EU-Bürokratie etwa, die auch für unsere bäuerlichen Familienbetriebe nicht annehmbar ist, gehört abgebaut. Um wirkliche Erleichterung zu schaffen, wollen wir die Förderstrukturen vereinfachen und die Subsidiarität und notwendige Flexibilität für Mitgliedsstaaten stärken.

Wir setzen uns für die Absicherung der hohen europäischen Natur- und Tierschutzstandards ein und berücksichtigen neben der Förderung der biologischen Vielfalt auch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und regionale Gegebenheiten. Bei Schäden durch Wölfe muss ein effektives Management auf regionaler Ebene ermöglicht werden. Zum Schutz von Alm- und Weidetieren vor großen Beutegreifern soll die Möglichkeit zur Einrichtung von „Weideschutzzonen“ geschaffen werden. Wachsende Biberpopulationen sind ein immer größer werdendes Problem für den Hochwasserschutz. Wolfs- und Biberbestände müssen evaluiert und regionale Überpopulationen berücksichtigt werden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Versorgungssicherheit im ländlichen Raum gewährleisten**
- **Effektive Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Produkte** (u.a. für verarbeitete Ei-, Fleisch- und Milchprodukte)
- **Keine Gentechnik auf europäischen Feldern**
- **Gemeinsame Agrarpolitik, die nicht Agrarfabriken, sondern bäuerliche Familienbetriebe als Zukunftsmodell sieht**
- **Stabiles Budget für die Landwirtschaft – keine Kürzung bei den Mitteln für die ländliche Entwicklung**
- **Vereinfachung der Förderstrukturen**
- **Regionales Management bei Schäden durch Wölfe und Einrichtung von Weideschutzzonen**

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Eine der größten Herausforderungen der Zukunft ist die Bekämpfung des Klimawandels und die Bewahrung unserer Natur. Es gibt keine Alternative zu weiteren gemeinsamen internationalen Anstrengungen in diesem Bereich. Die SDGs (Sustainable Development Goals) und Klimaziele müssen entschlossener als bisher durchgesetzt werden. Dies ist auch eine Marktchance, um innovative europäische Umwelttechnologien weltweit zu positionieren, internationale Standards zu setzen und wirtschaftlich davon zu profitieren. Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und des Plastikmülls müssen weiter vorangetrieben werden.

Europa muss beim Umwelt- und Klimaschutz globaler Vorreiter sein. Spätestens 2050 soll unser Kontinent seinen Energiebedarf ohne den Ausstoß von Treibhausgasen erzeugen. Dafür braucht es eine Trendwende im Sinne des Klimaschutzes, der Unabhängigkeit von Importen sowie der heimischen Wertschöpfung und der Innovationskraft in diesem Schlüsselsektor. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Einführung eines CO₂-Mindestpreises auf globaler Ebene. Das bringt Chancengleichheit für erneuerbare Energien und Kostenwahrheit für fossile Energieträger und Atomkraft.

Die Energieversorgung Europas kontinuierlich durch erneuerbare Energieträger aus eigener Produktion zu decken, bringt uns weg von Kohle und Atomkraft. Das ist nachhaltig, stärkt die Wirtschaft und erhöht die Versorgungssicherheit. Österreich verfolgt seit Jahren einen konsequenten Weg der Anti-Atomkraft-Politik. Auch in Zukunft werden wir auf europäischer und internationaler Ebene gegen die Nutzung von Kernenergie auftreten und auf die ständige Verbesserung der nuklearen Sicherheit drängen. Denn Atomkraft ist für uns weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels.

Die Erreichung der langfristigen Klima- und Energieziele wird mit den Technologien von heute alleine nicht möglich sein. Daher muss Europa seine Innovationsstärke und Neuerungen durch Digitalisierung verstärkt nutzen, um mit neuen Technologien das Energiesystem zu modernisieren. Bei innovativen Energietechnologien, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien zählen europäische und insbesondere österreichische Unternehmen – von Green-Tech-Start-ups bis zu international erfolgreichen Industriebetrieben – zur absoluten Weltspitze. Diese Innovationskraft gilt es, auf allen Ebenen weiter zu forcieren.

So wären der Aufbau einer europäischen Wasserstoffindustrie und einer europäischen Batterieindustrie zur Produktion von hochwertigen Batterien „made in Europe“ weitere wichtige Standbeine europäischer digitaler Industrie. Der Batteriemarkt wächst durch den zunehmenden Einsatz von Elektroautos, digitaler Endgeräte und erneuerbarer Energiegewinnung. Die Produktion europäischer Batterien soll basierend auf höchsten Umweltschutzstandards erfolgen und das Recycling muss eine wesentliche Rolle im Aufbau des Speicherbereichs spielen.

Neben dem Recycling müssen wir uns unbedingt zum Ziel machen, die Sammelquote von Batterien zu erhöhen. Alleine in Österreich, einem Vorzeige-Land was die getrennte Sammlung betrifft, werden nur rund 45% aller Batterien fachgerecht gesammelt und entsorgt, mit fallender Tendenz. Daran müssen wir gemeinsam in Europa arbeiten. Wasserstoff wiederum ist eine Schlüsseltechnologie, die als Langfristspeicher, zur Integration von Strom und Wärme, in der Industrie und im Verkehrsbereich zur Energiewende beitragen wird. Innovative europäische und österreichische Unternehmen sollen hier Vorreiter sein.

Für den Erfolg der Energiewende ist auch entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa mitgehen und spürbar davon profitieren. Energie muss für alle Unternehmen und Haushalte leistbar sein – dafür muss die EU geeignete Maßnahmen setzen. Es sollen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, damit Betriebe und vor allem Bürgerinnen und Bürger aktiv am Energiesystem teilnehmen können. Dafür braucht es Anreize für Photovoltaik auf den Dächern, für Speicher in den Kellern und für E-Ladestationen auf den Parkplätzen. Jedes Haus kann ein Kraftwerk sein!

Ein weiterer Bereich, der unsere Umwelt massiv belastet, ist die Plastikplage. In Europa werden jedes Jahr 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle erzeugt. Mit der Einwegplastik-Richtlinie haben sich die Mitgliedstaaten schon auf erste wichtige Maßnahmen verständigt. Dazu gehören die spürbare Verminderung des Verbrauchs von Trinkbechern und Lebensmittelverpackungen sowie Verbote von Einwegplastik, wenn nachhaltige und plastikfreie Alternativen verfügbar sind, wie etwa Watte-stäbchen, Einweg-Plastikteller, Einweg-Plastikbesteck und Strohhalme aus Kunststoff.

In zahlreichen Kosmetika und Reinigungsartikeln werden außerdem für uns Menschen schädliche Mikroplastikpartikel hinzugegeben, um einen „Peeling-“ oder „Reinigungs-effekt“ zu erzielen. Diese Effekte können aber durch andere, nachhaltige und abbaubare Produkte ebenso erreicht werden. Ein europaweites Verbot des Zusatzes von Mikroplastikpartikeln in Kosmetika und Reinigungsartikeln wäre ein ökologisch wichtiger Schritt zur Vermeidung von Mikroplastik in unseren Gewässern.

Österreich nimmt im Kampf gegen die Plastikplage eine Vorreiterrolle in Europa und der Welt ein. Neben Frankreich und Italien gibt es in Österreich ab 01.01.2020 ein Verbot von Plastiksackerln – ein wichtiger Schritt, um die Flut an Plastik einzudämmen. Aber auch auf europäischer Ebene muss der Kampf gegen Plastik vorangetrieben werden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **SDGs- und Klimaziele entschlossener als bisher durchsetzen**
- **Raus aus Kohlestrom**
- **Verstärkt auf erneuerbare Energie aus heimischer Produktion setzen**
- **Einsatz für CO₂-Mindestpreis auf globaler Ebene**
- **Ein Europa ohne Atomkraft – Atomstrom ist keine grüne Energieform**
- **Neue Technologien nutzen, um das Energiesystem zu modernisieren**
- **Europäische Wasserstoff- und Batterieindustrie für Klimaschutz und neue Arbeitsplätze**
- **Recycling mitdenken und Sammelquote von Batterien erhöhen**
- **Bürger und Unternehmen müssen von der Energiewende profitieren – Energie muss leistbar sein**
- **Konsequenter Kampf gegen die Plastikplage**
- **Abbau von Plastikprodukten, wenn nachhaltige und plastikfreie Alternativen verfügbar sind**
- **Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsartikeln**

 **Ein fort-
schrittliches
Europa der
Zukunft.**

Forschung ist die Grundlage für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Wirtschaft. Das Forschungsbudget der EU sollte erhöht und die Forschungszusammenarbeit innerhalb der EU weiter verstärkt werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Universitäten und Forschungseinrichtungen attraktiver Anziehungspunkt für die klügsten Köpfe werden. Ein modernes Europa braucht darüber hinaus Angebote für alle Generationen und muss die Gleichberechtigung der Geschlechter vorantreiben.

Die Europäische Union verfügt über eine lange Tradition von Spitzenleistungen auf dem Gebiet der Forschung und Innovation. Diese finden sich jedoch vielfach fragmentiert in sämtlichen Mitgliedsländern der EU und sind nicht ausreichend koordiniert, wodurch ihre Sichtbarkeit beschränkt bleibt. Wenn wir unsere Kräfte bündeln, können wir es auch schaffen, zum „Innovation Leader“ zu werden und Zivilisationskrankheiten wie etwa Krebs oder Alzheimer erfolgreich zu besiegen.

Das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon 2020“ ist das derzeit wichtigste europaweite Instrument, um die Prioritäten des Europäischen Forschungsraums umzusetzen. Während die Laufzeit dieses EU-Forschungsrahmenprogramms noch bis Ende 2020 geht, haben die Mitgliedstaaten bereits unter österreichischem Ratsvorsitz eine Einigung zur inhaltlichen Ausrichtung des nächsten Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ (2021–2027) erzielt.

Es soll nicht nur dazu beitragen, dass die EU bei Forschung und Innovation an der Weltspitze bleibt und die Wettbewerbsfähigkeit der EU weiter gesteigert wird, sondern auch den globalen Herausforderungen mit innovativen technologischen Lösungen zu begegnen und damit insgesamt die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung der europäischen Forschungsförderung erhöhen.

Österreich war in der Vergangenheit besonders erfolgreich bei der Beteiligung an europäischen Forschungsprogrammen. So ist Österreich innerhalb der EU auf Platz 2 in Bezug auf die Erfolgsquote in HORIZON 2020 (Österreich: 17,9%; Gesamtdurchschnitt EU-28: 15,3%) und hat bisher mehr als 1,1 Mrd. Euro an Fördergelder aus HORIZON 2020 eingeworben (Stand Jänner 2019). Das soll auch in Zukunft so bleiben. Sowohl Universitäten als auch Forschungseinrichtungen arbeiten hart daran, die klügsten Köpfe nach Österreich zu bringen. Daher ist die Erhöhung der finanziellen Mittel für das Rahmenforschungsprogramm essentiell.

Durch das neugeschaffene Element der „Missionen“ soll gesellschaftlichen Herausforderungen, wie dem Klimawandel oder Volkskrankheiten, nachhaltig begegnet werden.

Vor diesem Hintergrund braucht Europa einen leistungsfähigen, offenen und für die klügsten Köpfe aus aller Welt attraktiven gemeinsamen Forschungsraum, sprich einen Binnenmarkt des Wissens. Er soll die Freizügigkeit der Forscherinnen und Forscher garantieren und den freien Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien ermöglichen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Mehr Geld für Spitzenforschung und Innovation**
- **Forschungszusammenarbeit innerhalb der EU verstärken**
- **Offener Arbeitsmarkt für Forscherinnen und Forscher**
- **Länderübergreifender Austausch und Transfer von sowie Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen**
- **Durch gemeinsame Kraftanstrengung Krebs und Alzheimer besiegen**
- **Forschungsprogramm „Horizon Europe“ vorantreiben**

EIN EUROPA FÜR ALLE GENERATIONEN

Die Zukunft und die Gegenwart Europas ist unsere Jugend. Gezielte EU-Förderprogramme stärken das Europabewusstsein und fördern den Zusammenhalt junger Europäerinnen und Europäer. Aus diesem Grund möchten wir EU-Programme wie Erasmus+ ausbauen und Jugendliche bzw. Studierende motivieren, Europa mit all ihren persönlichen und kulturellen Perspektiven zu erfahren. Durch die Teilnahme an Erasmus+ sind auch nachweislich bessere Chancen am Arbeitsmarkt gegeben.

Bis zu vier Millionen junge Menschen erhalten mit Erasmus+ von 2014 bis 2020 die Möglichkeit, in einem anderen Land zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren, zu arbeiten oder eine Freiwilligentätigkeit auszuüben. Für den Zeitraum 2021–2027 wird das Programm weitergeführt und erweitert. Grenzüberschreitende Mobilität für Menschen aller Altersgruppen, die Zusammenarbeit im Rahmen europäischer Projekte sowie die Unterstützung von Reformen in den drei Politikbereichen Bildung, Jugend und Sport sollen weiterhin die zentralen Aufgaben von Erasmus+ bleiben.

Wir werden uns für die strukturelle und inhaltliche Kontinuität des Erfolgsprogramms Erasmus+ einsetzen. So ist es wichtig, dass Erasmus+ auch in Zukunft einen starken Bildungsfokus hat und verstärkt Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende berücksichtigt. Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative zur Schaffung eines europäischen Bildungsraumes 2025, in dem insbesondere Bildungsabschlüsse und Qualifikationen überall in Europa anerkannt werden.

Eine gute Möglichkeit für junge Europäerinnen und Europäer, wichtige Berufserfahrungen zu sammeln und persönliche Fähigkeiten zu verbessern, bietet auch das Europäische Solidaritätskorps. Die ursprüngliche Idee zum Solidaritätskorps ist, dass 18- bis 30-Jährige bei Freiwilligen- und Beschäftigungsprojekten in öffentlichen und privaten Einrichtungen sowohl im In- als auch im Ausland tätig werden. Bis 2020 sollen sich insgesamt 100.000 junge Menschen an „Solidaritätseinsätzen“ beteiligt haben.

Europa ist aber nicht nur für die Jugend da, sondern für alle Generationen. In ganz Europa haben wir eine Generation dazugewonnen: Die Generation der 60- bis 85-Jährigen ist heute so aktiv, mobil, gesund und produktiv wie keine Senioren-Generation zuvor. Diese Chance muss Europa durch die Einbindung der Älteren in alle Arbeitsmarkt- und Weiterbildungsmaßnahmen nutzen. Die Menschen in Europa sollen gesund und aktiv älter werden können und ihre Kompetenzen und Fähigkeiten müssen entsprechend wertgeschätzt werden.

Weiterbildung spielt auch im Alter eine immer wichtigere Rolle – gerade in der heutigen Wissensgesellschaft. Deshalb möchten wir europäische Initiativen unterstützen, welche älteren Menschen die Möglichkeit zur Bildung bzw. Weiterbildung geben.

Neben den Generationen sind Gleichberechtigung und gleiche Chancen der Geschlechter ein zentrales Anliegen unserer Politik. Die Österreichische Ratspräsidentschaft hat daher 2018 in einer gemeinsamen Erklärung mit 26 weiteren Mitgliedstaaten die Europäische Kommission aufgefordert, im Bereich der Gleichstellung aktiver zu werden und eine eigene Strategie zur Geschlechtergleichstellung vorzulegen. So soll ein offener und zukunftsorientierter Dialog über Geschlechtergleichstellung gefördert und auf der Spitze der politischen Agenda der EU institutionalisiert werden.

Gleichberechtigung ist in allen Bereichen des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens eine dringende Notwendigkeit. Im Bereich der Politik leistet die Österreichische Volkspartei hierzu bereits seit Jahren einen direkten Beitrag. So findet sich auch auf unserer Wahlliste zur Europawahl 2019 wieder ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Mobilitätsmöglichkeiten für Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler sowie spezifische Studierendengruppen ausweiten**
- **Schaffung eines europäischen Bildungsraumes 2025 zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit (z.B. Anerkennung von Bildungsabschlüssen)**
- **Bekanntnis zum Europäischen Solidaritätskorps**
- **Bessere Einbindung von Seniorinnen und Senioren in alle Arbeitsmarkt- und Weiterbildungsmaßnahmen**
- **Gleichstellung der Geschlechter auf die Spitze der politischen Agenda der EU bringen**

 **Ein handlungsfähiges Europa in der Außen- und Verteidigungspolitik.**

Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss es zu einer Stärkung der Europäischen Union kommen. Angesichts einer immer enger vernetzten Welt und der wachsenden geopolitischen Bedeutung außereuropäischer Staaten ist es für die Wertegemeinschaft Europa heute mehr denn je notwendig, nach außen einheitlich und selbstbewusst aufzutreten. Die Europäische Union muss die Stimme Europas in der globalisierten Welt werden. Dazu gehören effizientere Entscheidungsverfahren in der Gemeinsamen Außenpolitik sowie eine Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik.

Bei 28 bzw. bald 27 EU-Mitgliedern ist es nicht immer leicht, einstimmige Beschlüsse zu erzielen. Meist geht dem ein langwieriger und langsamer Prozess voraus. Während Einstimmigkeit in manchen Bereichen berechtigt ist, steht sie in anderen Fragen auch im Wege. Wenn Europa mit einer Stimme sprechen soll, können nicht allein die Zögerer und Zauderer das Tempo bestimmen. Gerade in Fragen der Außenpolitik ist oft schnelles Handeln gefordert und dem steht die Einstimmigkeit im Wege.

Deshalb wollen wir, dass in außenpolitischen Fragen Entscheidungen in Zukunft nicht mehr einstimmig getroffen werden müssen. Unsere Demokratie basiert auf Mehrheitsentscheidungen – und das soll auch in der EU gelten. So kann Europa als internationaler Player auf der Weltbühne effektiv mit einer Stimme sprechen und wenn nötig auch rasch und entschlossen handeln. Dies ist machbar, ohne die Verträge zu ändern. Klar ist: Wer eine bessere und handlungsfähigere EU will, muss die Beschlussmechanismen in manchen Bereichen ändern. Denn die EU muss ihre Kräfte bündeln und zum Sprecher des Kontinents in der Welt werden. Dazu gehört auch, dass Europa innerhalb der Vereinten Nationen mit einer Stimme spricht und einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält.

Auch bei der Verteidigungspolitik wollen wir in jenen Bereichen, in denen wir einen Beitrag leisten können und uns dies möglich ist, enger zusammenrücken. Denn Europa muss sich selbst verteidigen können und wir müssen uns gemeinsam fit machen, um neuen Bedrohungsfeldern (Cyber War, Terrorismus, Failed States etc.) entgegentreten zu können. Deshalb braucht es auch eine verstärkte und besser koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der Europäischen Union.

Österreich hat sich bereits unter Wahrung seiner Neutralität (wie im Lissabon-Vertrag verankert) zur verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der 2017 geschaffenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) bekannt. Und wir treten auch weiterhin für eine verbesserte Koordination in Verteidigungsfragen ein. So soll beispielsweise eine robuste Kriseneingriffstruppe auf europäischer Ebene geschaffen werden, die nach dem Vorbild der bisher inaktiven EU-Battlegroups in akuten Krisenfällen zum Schutz Europas international zum Einsatz kommt.

Wichtig ist, dass bei aller Kooperation Rücksicht auf die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten sowie auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen der einzelnen Staaten (Neutralität Österreichs) genommen wird. So kann sich Österreich sehr gut im Ausbildungsbereich einbringen. Und die Nutzung von Synergien bei Einkäufen von militärischem Gerät führt zu deutlichen Kosteneinsparungen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Wegfall von Einstimmigkeit in der gemeinsamen Außenpolitik**
- **Europa soll innerhalb der Vereinten Nationen mit einer Stimme sprechen und einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhalten**
- **Verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik durch Schaffung einer Kriseneingreiftruppe zum Schutz Europas**



Stabilität in der Nachbar- schaft.

Sicherheit und Stabilität in Europa können wir langfristig nur garantieren, wenn wir auch für stabile Verhältnisse in der europäischen Nachbarschaft sorgen. Dazu gehören insbesondere eine klare Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans, eine Lösung des Ukraine-Konflikts und der Abbau der Spannungen zwischen der EU und Russland. Darüber hinaus braucht es endlich einen ehrlichen Umgang der EU mit der Türkei und deshalb einen Abbruch der Beitrittsgespräche.

Eine klare europäische Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans wirkt nicht nur stabilisierend für die gesamte Region, sondern ist auch Grundbedingung für unsere Sicherheit in Mitteleuropa. Die Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Nordmazedonien hat gezeigt, welche Kräfte die EU-Perspektive weiterhin freisetzt. Dies kann ein starker Impuls für die gesamte Region sein. Dafür muss die EU der Region aber auch deutlich signalisieren, dass alle Länder des Westbalkans in die EU aufgenommen werden sollen, wenn sie die Kriterien dafür erfüllen. Gleichzeitig sind weitere Anstrengungen und Reformen der betroffenen Länder und mehr Unterstützung seitens der EU notwendig. Beitritte kann es nur dann geben, wenn zuvor alle Kriterien erfüllt wurden.

Auch die verbliebenen Konflikte in der Region müssen beigelegt werden. Insbesondere auch bei Serbien und dem Kosovo braucht es eine Fortsetzung und Intensivierung des Dialogs. Eine positive Lösung des Konflikts ist nicht nur im Interesse dieser beiden Staaten, sondern im Interesse der ganzen Region. Fest steht für uns jedenfalls: Ohne klare Beitrittsperspektive wird der Einfluss von Drittstaaten in diesen Ländern größer werden.

Europa muss aber auch seine Grenzen kennen. So hat sich die Türkei in den letzten Jahren massiv von Europa und unseren Werten wegbewegt. Gerade im Hinblick auf die systematische Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Grundwerten sind die Kopenhagener Kriterien für einen Beitritt nicht mehr erfüllt. Die Beitrittsverhandlungen müssen daher abgebrochen werden.

Die Türkei ist und bleibt aber ein wichtiger Nachbar, mit dem Europa eng zusammenarbeiten muss. Wir sollten zivilgesellschaftliche Initiativen in der Türkei unterstützen und in wichtigen Fragen im Rahmen eines modernen Nachbarschaftskonzepts eng mit der Türkei zusammenarbeiten.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland wurden zuletzt aufgrund des Spionagefalls Skripal, russischer Cyberangriffe und wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der anhaltenden Ukraine-Krise nachhaltig belastet. Wir sind aber überzeugt, dass wir die Kommunikationskanäle mit Russland offenhalten müssen – auch wenn es grundlegende Differenzen gibt. Denn für uns ist klar: Ein langfristiger und nachhaltiger Friede und damit Stabilität in ganz Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben.

Deshalb treten wir auch für einen schrittweisen Abbau der Sanktionen gegen Russland ein, wenn es konkrete Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gibt, welche das zentrale Kriterium bleiben. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg wäre ein echter Waffenstillstand in der Ostukraine.

Stabilität brauchen wir auch in unserer weiteren Nachbarschaft. Eine Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien und eine nachhaltige Lösung des Nahostkonflikts sind im ureigenen Sicherheitsinteresse Österreichs und der Europäischen Union. Stabile Verhältnisse in dieser Region zu schaffen hilft nicht nur, Migrationsströme einzudämmen, sondern trägt auch dazu bei, Terrorismus an der Wurzel zu bekämpfen. Die 2015 in Wien gestarteten Syrien-Friedensgespräche müssen deshalb fortgesetzt werden. Die Europäische Union soll dabei eine stärkere Vermittlerrolle in diesem Konflikt einnehmen und auch ihr Engagement in Nordafrika, etwa in Libyen, verstärken.

Der Nahostkonflikt destabilisiert seit vielen Jahrzehnten die Region und ist damit Brutstätte für Extremismus und Terrorismus. Wir sind überzeugt, dass nur eine Zweistaaten-Lösung, die Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einen lebensfähigen palästinensischen Staat ermöglicht, langfristig zum Frieden führen kann. In diesem Sinne sprechen wir uns auch für ein klares Bekenntnis zum Staat Israel als jüdischem Staat und zur besonderen Berücksichtigung des israelischen Sicherheitsbedürfnisses aus. Diesen Grundkonsens müssen alle europäischen Staaten teilen. Deshalb muss auch die EU ihr Stimmverhalten in internationalen Organisationen überdenken. Sebastian Kurz hat ein solches für Österreich bereits eingeleitet. Denn immer öfter ist ein einseitiges Vorgehen gegen Israel zu beobachten, welches wir entschieden ablehnen.

Der Nahe Osten ist auch trauriges Beispiel, wenn es um die Verfolgung von Christen geht. Vier von fünf Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen. Wir müssen uns deshalb weiter dafür starkmachen, dass Menschen in allen Ländern der Welt frei ihren Glauben leben können und dabei nicht um ihr Leben fürchten müssen. Wir dürfen nicht mehr zusehen, wenn in einzelnen Ländern Christen systematisch verfolgt, vertrieben oder umgebracht werden.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Klare Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans**
- **Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**
- **Schrittweiser Abbau von Russland-Sanktionen bei Erfüllung von Minsker Vereinbarungen**
- **Fortsetzung der Syrien-Friedensgespräche und stärkere Vermittlerrolle der EU im syrischen Bürgerkrieg**
- **Bekanntnis zum Staat Israel als jüdischem Staat**
- **Stimmverhalten der EU in internationalen Organisationen gegenüber Israel überdenken**
- **Einsatz gegen Christenverfolgung weltweit**

 **Rechtsstaat,
Demokratie
und schlanke
Strukturen.**

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind die DNA Europas. Es braucht in unserem gemeinsamen Europa Mechanismen mit unabhängiger Instanz, um diese Werte in den Mitgliedstaaten auch wirksam durchzusetzen. Kein Mitgliedstaat darf sich in seiner nationalen Gesetzgebung über EU-Recht und EU-Grundwerte hinwegsetzen. Alle europäischen Parteienfamilien brauchen klare Regeln, um mit Verstößen ihrer eigenen Mitgliedsparteien gegen die Rechtsstaatlichkeit effektiv umzugehen.

Im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist es wichtig, sorgsam mit den vorhandenen Geldern umzugehen. Wir brauchen deshalb auch auf europäischer Ebene Veränderung, schlankere Strukturen und weniger Bürokratie und müssen gleichzeitig mehr Demokratie in den Institutionen der Union zulassen.

Die Idee Europa hat nur Zukunft, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten macht. Zur Demokratie gehört auch, dass die Entscheidungsprozesse einfacher und transparenter werden. Wir wollen deshalb, dass EU-Gesetze noch mehr als jetzt von den Mitgliedstaaten (als Ländervertretung) und dem Europäischen Parlament (als Bürgervertretung) gemeinsam beschlossen werden.

Das Spitzenkandidaten-Modell bei Europa-Wahlen ist ein erster wichtiger Schritt zu mehr europäischer Demokratie. Die Europäische Union muss aber auch handlungsfähiger werden. Unsere Demokratie basiert auf Mehrheitsentscheidungen – das soll auch in der EU gelten! Deshalb müssen die Vetorechte einzelner Mitgliedstaaten in weiteren Bereichen fallen.

Unnötige Bürokratie muss abgebaut und die legitimen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Hinblick auf eine schlanke Struktur erfüllt werden. Wir sprechen uns deshalb mittelfristig für eine Neustrukturierung der Europäischen Kommission und ebenfalls mittelfristig für die Zusammenlegung der Tagungsorte des Europäischen Parlaments aus. Europa muss mit gutem Beispiel und einer schlanken Struktur vorangehen.

Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Neue Mechanismen zur Durchsetzung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten**
- **EU-Gesetze noch mehr als jetzt von EU-Parlament und Ländern gemeinsam beschließen**
- **Mehr Mehrheitsentscheidungen**
- **Mittelfristig Neustrukturierung der EU-Kommission**
- **Mittelfristig Zusammenlegung der Tagungsorte des Europäischen Parlaments**

IMPRESSUM

Österreichische Volkspartei
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien
Tel.: 01/401 26-100
www.dieneuevolkspartei.at

Wir haben uns bemüht, geschlechtsspezifische Formulierungen in unserem Programm zu verwenden. An einigen wenigen Stellen haben wir aus Gründen der leichteren Lesbarkeit darauf verzichtet und bei Personenbezeichnungen die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Trotz sorgfältiger Prüfung sind Fehler nicht ausgeschlossen und es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.



EUROPA

2019

